Die Linke
Stadtverband Leipzig

Materialien

für die 2. Tagung
des 10. Stadtparteitages

Heft 2

- Änderungsanträge -

am 28. November 2026
im Kupfersaal Leipzig
Kupfergasse 2

Inhaltsverzeichnis

2 Inhalt (Teil 1)
3 Inhalt (Teil 2) und Impressum
4 Änderungsanträge zum OBM-Wahlprogramm
4 ÄA1.6: Azubi-Ticket
4 ÄA1.7: Wer bestellt, soll bezahlen
6 ÄA1.8: Bücher
6 ÄA1.9: Demokratie leben
7 ÄA1.10: Vergünstigtes D-Ticket
8 ÄA1.11: Freiluftpartys
9 ÄA1.12: ÖPNV-Hitzeschutz
9 ÄA1.13: Schulpolitik mit Gewerkschaften
10 ÄA1.14: HHL Änderung
11 ÄA1.15: Hitzeschutz für alle
11 ÄA1.16: Kommunaler Präventivrat stärken
12 ÄA1.17: Keine Rüstungsindustrie
13 ÄA1.18: Schulunterstützung stärken
14 ÄA1.19: Grüner Strom – dezentrale Stromversorgung
14 ÄA1.20: Ticketpreisdeckel
15 ÄA1.21: Titeländerung Kapitel 9
16 ÄA1.22: Wahlalter
16 ÄA1.23: Geschlechtergerechte Sprache nutzen
17 ÄA1.24: Teilhabe in der Stadtverwaltung als Aufgabe der Verwaltungspolitik
18 ÄA1.25: Keine Verdrängung*
19 ÄA1.26: Möglichkeiten und mehr Bildungsgerechtigkeit*
20 ÄA1.27: blockierte Wege*
20 ÄA1.28: Bestandsmieten*
21 ÄA1.29: Betreuungsschlüssels in Kita*
21 ÄA1.30: Jugendwohnungslosigkeit*
22 ÄA1.31: Gegen die Kriminalisierung von Armut
24 ÄA1.32: Praktisch und bürgernah ans Ziel mobile Verkehrs-App-Lösung für alle
25 ÄA1.33: Leipzig hat Hunger auf mehr
27 ÄA1.34: Stopp der Mieterhöhungen*
28 ÄA1.35: Jugendparlamentsreform*

29 ÄA1.36: Gegen einen autoritär agierenden Staat*
29 ÄA1.37: Leipzig kann Subkultur*
30 ÄA1.38: Hauptstadt der kurdischen Autonomieregion Erbil
30 ÄA1.39: Wir stehen nicht auf der Seite des Kapitals!
34 ÄA1.40: Neufassungen im Kapitel Verkehrswende*
35 ÄA1.41: Gegen die Wehrpflicht
36 ÄA1.42: Einsatz gegen Clubsterben und Benennung von Clubs als Kulturorte
37 ÄA1.43: Stärkung persönlicher Sicherheit bedeutet auch: Unterstützung
38 ÄA1.44: Queere Sichtbarkeit bei Geschlechtergerechtigkeit
39 Änderungsanträge zum Wohnungspolitischen Programm
39 ÄA2.1: Mietmonitor
40 Weitere Änderungsanträge
40 ÄA3.1: Für 100-Tage-Programm und eine gemeinsame Handlungsgrundlage*
43 ÄA3.2: Frist und Maßgabe für ein 100-Tage-Programm*
45 ÄA4.1: Für Parteiaufbau und Strukturentwicklung in Wahlkampfzeiten
46 ÄA4.2: Eine OBM für alle – für eine öffentliche Ernennungsfeier*
47 ÄA4.3: Emanzipation für Fortgeschrittene – jetzt auch für unsere gewählten
48 ÄA4.4: Mit aller Kraft die Oberbürgermeisterwahl 2027 gewinnen*
51 ÄA5.1: Persönliche Meinungsäußerungen zulassen*
53 ÄA5.2: Linker Antimilitarismus - für universelle Menschenrechte*

---

* Zur einfachen Unterscheidung der Änderungsanträge (ÄAs) wurden auf Basis des Antragsinhaltes vorläufige Titel vergeben. Zur besseren Darstellung mussten einige Titel im Inhaltsverzeichnis gekürzt werden. Die ÄA1.1 – ÄA1.5 befinden sich im Materialien Heft 1.

Materialien Heft 2

zur 2. Tagung des 10. Stadtparteitages
von Die Linke Leipzig am 28. November 2026

Impressum

Herausgeberin: Die Linke Leipzig
Liebknecht-Haus
Braustraße 15
04107 Leipzig

V.i.S.d.P.: Kay Kamieth
Redaktionsschluss: 15.11.2026

Änderungsanträge

Hinweis: Im Vergleich zu den Ursprungsanträgen sind Neuerungen unterstrichen und Streichungen ~~durchgestrichen~~.

ÄA1.6: Azubi-Ticket

Einreichende: AG Demokratische Linke

Antrag:

Der Stadtparteitag der Linken Leipzig möge beschließen:

Kapitel Leipzig gestaltet die Verkehrswende

Ergänze unter dem Punkt "Leipzig fährt sozial " hinter dem Satz "Außerdem darf es keine weiteren Preiserhöhungen beim Sozialticket geben. Dass die Ticketpreise jedes Jahr steigen und eine Einzelfahrt inzwischen 3,80 Euro kostet, halte ich für falsch und unsozial. Ich werde mich auch dafür einsetzen, dass Bund und Land den ÖPNV besser finanzieren, damit Mobilität für alle bezahlbar bleibt.":

„Des Weiteren setze ich mich für ein Azubi-Deutschlandticket in Leipzig ein. Dafür möchte ich nach finanziellen Möglichkeiten schauen, dieses einzuführen und den Preis dafür deutlich nach unten zu setzen.“

Begründung:

Während das Semesterticket für Student*innen gilt und diese finanziell entlastet haben Auszubildende keine Entlastung im Bereich des ÖPNVs. Gerade mit einer netto Mindestausbildungsvergütung von ca. 570€ sind die finanziellen Möglichkeiten stark begrenzt und Auszubildende sind meist armutsgefährdet. Daher sollten wir uns dafür einsetzen Auszubildende zu unterstützen auch um Ausbildungen attraktiver zu gestalten.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen: angenommen: abgelehnt:

ÄA1.7: Wer bestellt, soll bezahlen

Einreichende: AG Demokratische Linke

Antrag:

Der Stadtparteitag der Linken Leipzig möge beschließen:

Kapitel: Solide Finanzen für eine zukunftsfähige Stadt

Ersetze:

~~„Leipzig braucht Hilfe“ – Ich werde mich für einen Schutzschirm von Bund und Land für die Kommunen zur Absicherung der übertragenen Aufgaben und für notwendige Investitionen in die öffentliche Infrastruktur einsetzen.~~

mit

"Leipzig sorgt für Fairness" - Wir als Kommune erfüllen vielfach Aufträge von Bund und Land. Ich setze mich dafür ein, dass die Rechnungen dafür auch bezahlt werden. So bleibt schließlich mehr Geld, um den enormen Investitionsstau endlich aufzulösen.

und ergänze:

„Leipzig macht Druck“ – Unbezahlte Rechnungen und die Schuldenbremse lähmen Kommunen in ganz Deutschland. Gemeinsam mit anderen kommunalen Partner:innen mache ich mich dafür stark, dass wir endlich die finanziellen Mittel bekommen, die wir für eine lebenswerte und zukunftsfähige Stadt brauchen.

Begründung:

Die aktuelle schwierige finanzielle Lage des Leipziger Haushalts ist nicht Folge eines vermeintlichen schlechten wirtschaftens, sondern das logische Ergebnis nicht bezahlter Rechnungen. Unsere Stadtratsfraktion in Leipzig war es, die als erste folgende Ungerechtigkeit aufgefallen ist: Der Bund bestellt Leistungen, die Leipzig als Kommune umsetzen muss, die er jedoch nicht bezahlt. Er verstößt somit gegen das sogenannte Konnexitätsprinzip. Fehlende Gelder im Haushalt führen zu Sparmaßnahmen und Streichungen von Leistungen (in Form von Personal, Projekten, Investitionen uvm.). Leidtragende sind selbstverständlich die Bürger:innen in dieser Stadt. Nicht nur, dass grundlegendste und notwendige Bedarfe nicht erfüllt werden können, es werden wichtige Investitionen in Klimaschutz, Bildung, Infrastruktur verdrängt. Die Folge ist ein Kampf um die Ressource Geld, die nicht knapp sein müsste. Eine Entlastung durch beglichene Schulden kommt sofort bei den Menschen an. Sie werden unmittelbar spüren, wie sich ihr Alltag wieder verbessert. Auch innerhalb unserer Partei ist dieser Kampf alltäglich. Dieser Streit wird unnötig, wenn der Bund endlich auch das bezahlt, was er bestellt.
Die neoliberale Sparpolitik ist gewollt, denn mit knappen Kassen werden Kommunen abhängig von Unternehmen, ergo Investoren und dem Spekulationsmarkt, gemacht. So können Amazon, Porsche und co. der Stadt schmutzige Deals um Gewerbeeinnahmen und Fremdkapital machen, die Leipzig sich nicht leisten kann abzulehnen und am Ende nur den Unternehmen dienen. Leider gibt es eine bittere Wahrheit: Ein kommunaler Haushalt muss ausgeglichen sein. Ganz anders aber sieht es im Bundeshaushalt aus. Mit der Beendigung der unsäglichen und wissenschaftsfeindlichen Schuldenbremse können alle Kommunen in Deutschland entschuldet werden und zukünftige Finanzierungen sichergestellt werden.
Ein weiterer wichtiger Punkt: Unserer Partei werden leider kaum wirtschaftliche Kompetenzen zugeschrieben. Das zu ändern, darf und sollte ein wichtiges Ziel zukünftiger Strategien werden. Ein erster guter Schritt ist dem Thema „Entschuldung“ Priorität zu geben, offen und mutig zu benennen und die einzig richtige Lösung aufzuzeigen.
sollte ein wichtiges Ziel zukünftiger Strategien werden. Ein erster guter Schritt ist dem Thema „Entschuldung“ Priorität zu geben, offen und mutig zu benennen und die einzig richtige Lösung aufzuzeigen.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen: angenommen: abgelehnt:

6 ÄA. Änderungsanträge zum OBM - Wahlprogramm

ÄA1.8: Bücher

Einreichende: AG Demokratische Linke, Linksjugend Leipzig

Antrag:

Der Stadtparteitag der Linken Leipzig möge beschließen:

Ergänze im Teil "**Leipzig ist, war und bleibt Kulturmetropole mit globaler Ausstrahlung":**

Leipzig liest - Der Buchdruck und das geschriebene Wort haben lange Tradition in Leipzig. Ich werde die Leipziger Buchmesse, "Leipzig liest", Buchhandlungen und freischaffende Autorinnen und Autoren unterstützen. Außerdem werde ich mich für kostenfreie Bibliotheksausweise für Auszubildende einsetzen und gegen Erhöhungen bei den Gebühren kämpfen.

Begründung:

Leipzig ist mit dem Buch so verbunden, wie keine andere Stadt. Gerade daraus ergibt sich eine Verantwortung diese Tradition zu erhalten und die Nutzung dessen für alle Menschen möglich zu machen. Die kostenlosen Bibliotheksausweise für junge Menschen bis 19 Jahren sind wichtig damit vor allem Schülerinnen und Schüler vertiefte Bildung genießen können oder Bücher und Medien ausleihen können. Während Studierende, dann kostenfrei die Angebote der Universitätsbibliotheken nutzen können, haben Auszubildende die Hürde der Finanzierung ihres Bibliotheksausweises. Mit einem kostenfreien Bibliotheksausweis für diese Gruppe, können wir die Attraktivität der städtischen Bibliotheken steigern und Auszubildende finanziell entlasten. Außerdem muss sich konsequent gegen weiter Erhöhungen bei den Nutzungsgebühren eingesetzt werden. In den letzten fünf Jahren wurden die Jahresbeiträge von 16€ auf 25€ jährlich angehoben, diese Entwicklung darf sich unter keinen Umständen fortsetzen, damit die Nutzung der Bibliotheken für alle möglich ist!

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen: angenommen: abgelehnt:

ÄA1.9: Demokratie leben

Einreichende: AG Demokratische Linke

Antrag:

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Kapitel Solide Finanzen für ein zukunftsfähiges Leipzig

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Nach „Ändern muss sich auch die Zuweisungspolitik des Freistaates an die Kommunen.

Insbesondere muss die gekürzte Weiterleitung von Fördermitteln des Bundes beendet werden. Dafür werde ich als Oberbürgermeisterin kämpfen. [...]“

Ergänzt wird: Außerdem werde ich die besondere politische Bedeutung des Amtes der Leipziger Oberbürgermeisterin nutzen, um mich gegen Kürzungen sowie die verschärften Förderrichtlinien des Bundesprogramms „Demokratie Leben“ einzusetzen. Das Vergabeverfahren, getragen durch die Leipziger Zivilgesellschaft, sowie den kommunalen Zuschuss zum Programm werde ich erhalten und stärken.

Begründung:

Die aktuellen Angriffe seitens der Bundesregierung auf das Programm „Demokratie Leben“ sind ein fataler Schlag gegen die demokratische Zivilgesellschaft und sorgt bei freien Trägern, Vereinen, politischen Initiativen und vielen mehr für Verunsicherung. Auch die neuen Förderrichtlinien sorgen für Angst bei vielen Engagierten um ihre Projekte. Es ist daher wichtig hier im Wahlprogramm eine klare Linie zu setzen, gegen Kürzungen und gegen das neuerdings undemokratischere Vergabeverfahren.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen: angenommen: abgelehnt:

ÄA1.10: Vergünstigtes D-Ticket

Einreichende: AG Demokratische Linke

Antrag:

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Kapitel: Leipzig gestaltet die Verkehrswende

Ergänzung im Kapitel 5 nach: „Leipzig fährt sozial – Ich setze mich für ein Tarifmoratorium für das Einzel- und Sozialticket ein. Das Einzelticket darf die Schallmauer von vier Euro nicht durchbrechen. Außerdem darf es keine weiteren Preiserhöhungen beim Sozialticket geben. Dass die Ticketpreise jedes Jahr steigen und eine Einzelfahrt inzwischen 3,80 Euro kostet, halte ich für falsch und unsozial. Ich werde mich auch dafür einsetzen, dass Bund und Land den ÖPNV besser finanzieren, damit Mobilität für alle bezahlbar bleibt.“

Ergänzt wird: Im Zuge dessen werde ich mich auf Landesebene für ein vergünstigtes sächsisches Deutschlandticket nach Vorbild des "Bayerischen Ermäßigungsticket" stark machen.

Begründung:

Ein Tarifmoratorium für das Einzel- und Sozialticket ist wichtig, greift allein aber zu kurz, wenn wir den öffentlichen Nahverkehr insgesamt sozial gerechter gestalten wollen. Viele Menschen nutzen den ÖPNV regelmäßig und sind deshalb auf Zeitkarten oder das Deutschlandticket angewiesen. Für sie sind nicht allein die Preise einzelner Fahrten

entscheidend, sondern vor allem die monatlichen Kosten ihrer Mobilität. Wir wollen den Einsatz für eine bessere ÖPNV-Finanzierung durch Land und Bund durch ein konkretes Beispiel untermauern.
Ein vergünstigtes sächsisches Deutschlandticket nach dem Vorbild des Bayerischen Ermäßigungstickets könnte hier ansetzen und Menschen finanziell entlasten, die täglich auf Bus und Bahn angewiesen sind.
Deshalb sollte sich Leipzig als einwohner:innenstärkste Stadt im Freistaat perspektivisch nicht nur für stabile Preise bei Einzel- und Sozialtickets, sondern auch für ein vergünstigtes Deutschlandticket einsetzen. Ziel ist ein Nahverkehr, der nicht nur gelegentliche Fahrten ermöglicht, sondern auch für regelmäßige Nutzer:innen dauerhaft bezahlbar bleibt.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen: angenommen: abgelehnt:

ÄA1.11: Freiluftpartys

Einreichende: AG Demokratische Linke

Antrag:

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Kapitel: Leipzig stärkt Freizeit, Begegnung und Teilhabe für junge Menschen

Ergänzung im Kapitel 4 nach: „Leipzig kann Party – Das Nachtleben unserer Stadt trägt wesentlich zur Attraktivität Leipzigs für junge Menschen bei. Der Nacht-Rat und andere Akteure arbeiten künftig noch enger untereinander und mit der Verwaltung zusammen, um die Rahmenbedingungen für Clubs, Live-Musikspielstätten usw. zu verbessern."

Ergänzt wird: Ich setze mich außerdem für die Möglichkeit von Freiluftpartys nach Bremer Vorbild ein. Dazu werde ich prüfen lassen, ob weitere Grünflächen für Freiluft-Open-Airs freigegeben werden können und ob bestehende Flächen häufiger benutzt werden können.

Begründung:

-

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen: angenommen: abgelehnt:

ÄA1.12: ÖPNV-Hitzeschutz

Einreichende: AG Demokratische Linke

Antrag:

Der Stadtparteitag der Linken Leipzig möge beschließen:

Kapitel Leipzig gestaltet die Verkehrswende neu

Füge vor den Aufzählungen folgenden Satz hinzu:

"Nach dem Hitzeaktionsplan hätte eine Überprüfung der Gleise auf ihre Hitzeresilienz geschehen müssen. Ich setze mich dafür ein, dass die Verwaltung einen umfangreichen Plan erarbeitet, wie wir den ÖPNV auch im Sommer wetterfest machen können."

Begründung:

Wir wollen im Wahlprogramm verbindlich festhalten, dass wir als Partei, als auch als Oberbürgermeisterin, dafür sorgen, dass die Menschen, die besonders unter der Hitze leiden, in der Stadt geschützt werden. Dazu zählen auch die zahlreichen Angestellten der Verwaltung, die nicht den angenehmsten Arbeitsplatz während dieser Zeiten haben.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen: angenommen: abgelehnt:

ÄA1.13: Schulpolitik mit Gewerkschaften

Einreichende: AG Demokratische Linke

Antrag:

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Kapitel: Für ein solidarisches und gerechtes Leipzig

Ergänzung im Kapitel 2 nach: „Leipzig kämpft um mehr Abschlüsse – Zu viele junge Menschen verlassen die Schule ohne Abschluss. Bis 2034 wollen wir diese Zahl halbieren. Dafür erarbeiten wir eine verbindliche Gesamtstrategie gegen Schulmüdigkeit und Schulverweigerung. Gewinnen will ich dafür das Landesschulamt, die Schulen, die Kammern, die Bundesagentur für Arbeit, das Jobcenter“

Es wird wie folgt ergänzt: „das Jobcenter, die Gewerkschaften und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler“

Begründung:

Gewerkschaften sind wichtige Partner, wenn es darum geht, jungen Menschen Perspektiven für einen erfolgreichen Übergang von der Schule in die Ausbildung und das Berufsleben zu eröffnen. Sie verfügen über Erfahrungen und Expertise zu Ausbildungsbedingungen, Arbeitswelt, Mitbestimmung und den Herausforderungen, mit denen Auszubildende konfrontiert sind. Durch ihre Kontakte zu Jugend- und Auszubildendenvertretungen können sie die Lebensrealität junger Menschen unmittelbar in die Entwicklung und Umsetzung einer Gesamtstrategie einbringen.
Wer Schulmüdigkeit und Schulverweigerung wirksam bekämpfen will, muss jungen Menschen nicht nur beim Erreichen eines Schulabschlusses helfen, sondern ihnen auch realistische Perspektiven auf gute Ausbildung und sichere Beschäftigung eröffnen. Gewerkschaften können dazu beitragen, berufliche Orientierung praxisnah zu gestalten.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen: angenommen: abgelehnt:

ÄA1.14: HHL Änderung

Einreichende: AG Demokratische Linke

Antrag:

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Der Stadtparteitag der Linken Leipzig möge beschließen:

Kapitel: Leipzig mit Wissenschaft und Forschung auf Zukunftskurs

Im Abschnitt "Meine Vorhaben:", dritter Spiegelstrich: Ersetze "~~HHL Leipzig Graduate School of Management~~"

mit

"den Leipziger Hochschulen und Universitäten".

Begründung:

Die HHL ist historisch eine der Quellen der Management Brainworms, die die aktuelle Version des Kapitalismus, in dem wir alle leben müssen, salonfähig gemacht hat. Eine Nachhaltige Zukunft, muss sich exakt hiervon verabschieden. Leipzig benötigt Start-Ups aus der PhilFak der UL, der Bausphysik der HTWK, der Kommunikationstechnik der HfTL, StartUps deren einzige Aufgabe es ist Kapitalisten reicher zu machen (number go up!) gibt es in Berlin, New York und Shanghai genug, Leipzig kann sich hervorheben, indem es Startups fördert, die das Leben besser machen. Wir haben die klugen Menschen dafür, diese sind leider seltenste an der HHL immatrikuliert.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen: angenommen: abgelehnt:

ÄA1.15: Hitzeschutz für alle

Einreichende: AG Demokratische Linke

Antrag:

Der Stadtparteitag der Linken Leipzig möge beschließen:

Kapitel: Leipzig entwickelt sein grün-blaue Infrastruktur weiter

Füge neuen Punkt hinzu:

„Leipzig kühlt ab - Ich werde mit der Verwaltung Konzepte ausarbeiten, wie wir in der Stadt Räume schaffen können, bei denen sich alle abkühlen und vor Sonne schützen können. Dazu könnten zum Beispiel freizugängliche, klimatisierte Räume und kostenfreie Sonnencreme zählen. In der Verwaltung sollen die Arbeitsbedingungen bei Hitze erträglicher werden."

Begründung:

Wir wollen im Wahlprogramm verbindlich festhalten, dass wir als Partei, als auch als Oberbürgermeisterin, dafür sorgen, dass die Menschen, die besonders unter der Hitze leiden, in der Stadt geschützt werden. Dazu zählen auch die zahlreichen Angestellten der Verwaltung, die nicht den angenehmsten Arbeitsplatz während dieser Zeiten haben.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen: angenommen: abgelehnt:

ÄA1.16: Kommunaler Präventivrat stärken

Einreichende: AG Demokratische Linke

Antrag:

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Der Stadtparteitag der Linken Leipzig möge beschließen:

Kapitel: Leipzig stärkt persönliche Sicherheit und öffentliche Ordnung

Folgendes wird aus dem Prosatext gestrichen:
„~~Der Kommunale Präventionsrat spielt dabei eine wichtige Rolle. Er soll helfen, Straftaten zu verhindern und dafür zu sorgen, dass sich die Menschen sicherer fühlen. Deshalb stärken wir ihn.~~"

Es wird folgender Satz am Ende des Prosatextes und vor der Aufzählung der herausgestellten Punkte ergänzt:

„Es benötigt jedoch für ein Sicherheits- und Gemeinschaftsgefühl und dem daraus

entstehenden solidarischen Verhalten im Umgang mit anderen Menschen und öffentlichen Räumen mehr als nur ordnungspolitische Instanzen und Maßnahmen.“

Folgender Punkt wird hierfür in der Aufzählung ergänzt:

- „Leipzig stärkt den Kommunalen Präventionsrat und das kommunale Konfliktmanagement. Diese ermöglichen Verständigung unter unterschiedlichsten Menschen sowie die Unterstützung und die Stärkung von Gemeinschaft und Zugehörigkeit. Die Folge sind sinkende Konflikte und ein erhöhtes subjektives Sicherheitsgefühl.“

Begründung:

Der KPR und das kommunale Konfliktmanagement spielen neben zivilen Akteuren und pädagogischen sowie kulturellen Angeboten in vielen Stadtteilen eine entscheidende Schnittstelle der Kommunikation und Verständigung untereinander. Diese Maßnahmen sind keine direktiven oder ordnungspolitischen und gehen daher nicht mit Repression, sondern im besten Fall Beteiligung und Lösungsorientierung einher. Dafür müssen sollten wir als Linke vordergründig stehen und nicht dem Narrativ von Rechten und Konservativen nachrennen, dass es mehr Ordnungspolitik benötigt. Länder wie die USA zeigen, dass sich dadurch keinerlei soziale Probleme lösen lassen. Daher gehört dieser Punkt nicht gleichgestellt neben Polizei und anderen Behörden in den Prosatext, sondern in einem spezifischen Punkt besonders hervorgehoben.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen: angenommen: abgelehnt:

ÄA1.17: Keine Rüstungsindustrie

Einreichende: AG Demokratische Linke

Antrag:

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Kapitel: Leipzig gewinnt an wirtschaftlicher Kraft

Einfügung als zweiter Absatz: "Raketenfabriken und Rüstungsindustrie dürfen kein Teil dieser Entwicklung sein, da Sie einer nachhaltigen Entwicklung des Wirtschaftsstandorts Leipzig im Weg stehen."

Begründung:

Krieg ist eine soziale und ökologische Katastrophe. Rüstung ist industriepolitisch temporär, da sie irrelevant wird, sobald der Krieg vorbei ist. Außerdem festigen wir damit unser friedenspolitisches Profil.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen: angenommen: abgelehnt:

ÄA1.18: Schulunterstützung stärken

Einreichende: AG Demokratische Linke

Antrag:

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Ergänze in Kapitel 2:

1.
Im Prosatext wird ergänzt und geändert nach "[...] jedes Kind gleiche Chancen auf seinem Weg ins Leben haben sollte.":
"Wer bestellt muss bezahlen. Ich setze mich auf kommunaler, Landes- und Bundesebene für den Erhalt und vor Allem den Ausbau der Schulunterstützung ein. Außerdem stelle ich mich entschieden gegen geplante Kürzungen des Bundes bei Kindern und Jugendlichen mit erhöhtem Förder- und Unterstützungsbedarf z.B. dem Einstreichen von Schulbegleitung. Hierfür trete ich in Kontakt mit Fachkräften und Lernenden an allen Schulformen, um die Situation analysieren und verstehen zu können sowie auf Landes- und Bundesebene Druck zu erzeugen. Leipzig braucht eine aktive Sozialpolitik [...]"

2.
Im Unterpunkt 3 "Leipzig fördert Schulunterstützung – Hort, Schulbegleitung, Schulsozialarbeit und weitere Unterstützungsangebote arbeiten ab 2029 nach einem gemeinsamen Leipziger Rahmenkonzept zusammen.“ wird folgendes am Ende ergänzt:
"Leipzig verfolgt das Ziel pro Schule eine Stelle für Schulsozialarbeit zu etablieren und den Personalschlüssel dem Anspruch und der Qualitätserwartung des Gesetzes zum Anspruch auf Ganztagsbetreuung anzupassen.
Die Verwaltung bewirbt Möglichkeiten zur Einbindung von Vereinen und Trägern der freien Jugendhilfe zur Entlastung von Horten bei der Durchführung und Ausgestaltung von Angeboten."

Begründung:

Das Wahlprogramm nimmt sinnvollerweise die Situation an Schulen und Horten ernst. Der Punkt an sich bleibt leider eher vage und ist für potenzielle Wählende wenig konkret. Daher sollen die Ergänzungen eingebunden werden.
Wie bei vielen Themen des Wahlprogramms zeigt sich die Schwierigkeit der konkreten Forderungen oder Versprechen darin, dass es sich um Landes- und Bundeszuständigkeiten handelt. Es ist zeugt jedoch von politischem Verständnis, diese Forderungen nicht auszulassen, sondern den Wählenden zu verdeutlichen, dass man die Verantwortlichkeiten kennt und sich im Rahmen der eigenen Möglichkeiten für positive Veränderungen stark macht. Wer bestellt muss bezahlen! Der gesetzliche Ganztagsanspruch für eine Klassenstufe der Grundschule mehr pro Jahr bis 2029 bedeutet einen Anstieg an Kindern, die den Hort nutzen, was eine Belastung und Veränderungsleistung der strukturellen und personellen Gegebenheiten nach sich zieht. Aktuell verändert sich trotz des Anspruchs auf Ganztag der Klassenstufe 1 finanziell nichts in den Horten, außer, dass mehr Kinder ihn nutzen. Der Personalschlüssel der Horte ist a Förderschulen der gleiche wie an Regelgrundschulen und auch da bereits zu niedrig (1:15). Sieben Menschen betreuen 95 Kinder, vorausgesetzt keiner ist krank oder im Urlaub. Es müssen von einer Oberbürgermeisterin Forderungen im Sinne ihrer Kommune an Land und Bund gestellt werden. Mit der Idee der Einbindung von Sport-, Theater- oder anderen Kultur- und Freizeitvereinen sowie Trägern der freien

Jugendhilfe, in Schulen und Horten stärkt man erstens deren Rolle für die Förderung von Kindern und Jugendlichen, zweitens werden Horte entlastet und drittens lernen Kinder Angebote kennen, die ihnen auch außerhalb der Schule eine gewinnbringende und sinnhafte Freizeitgestaltung ermöglichen.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen: angenommen: abgelehnt:

ÄA1.19: Grüner Strom – dezentrale Stromversorgung

Einreichende: AG Demokratische Linke

Antrag:

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Kapitel: Leipzig entwickelt sein grün-blaue Infrastruktur weiter

Füge neuen Punkt hinzu:

„Leipzig erzeugt grünen Strom - Ich werde die baulichen Möglichkeiten prüfen, auf welchen kommunalen Gebäude über Photovoltaik noch grüner Strom erzeugt werden kann. Leipzig und ich wollen mit gutem Beispiel voran gehen. Zusätzlich werde ich mir anschauen, wie ich mit anderen Eigentümerinnen und Eigentümern einen Weg finden kann, auch auf privaten Dächern Strom zu produzieren.“

Begründung:

Die Stadtverwaltung soll mit gutem Beispiel voran gehen und dafür sorgen, dass auch im Stadtbild Solarpanales auf deren Gebäude installiert werden. Das kann sowohl die Akzeptanz fördern als auch einen Beitrag zur dezentralen Stromversorgung leisten.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen: angenommen: abgelehnt:

ÄA1.20: Ticketpreisdeckel

Einreichende: AG Demokratische Linke

Antrag:

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Der Stadtparteitag der Linken Leipzig möge beschließen:

Ergänzung im Kapitel 5 nach: „Leipzig fährt sozial – Ich setze mich für […]“

Ergänzt wird: „einen Ticketpreisdeckel und“

Begründung:

Der Begriff „Tarifmoratorium“ beschreibt zwar treffend die Forderung, weitere Preiserhöhungen auszusetzen, ist aber für viele Menschen wenig greifbar. Der zugegeben etwas populistische Begriff „Ticketpreisdeckel“ macht den Menschen dagegen unmittelbar deutlich, worum es geht. Ticketpreise sollen eine klare Obergrenze nicht überschreiten und bezahlbare Mobilität soll dauerhaft gesichert werden.
Mit der Ergänzung wird die Forderung verständlicher, ohne das bestehende politische Anliegen aufzugeben.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen: angenommen: abgelehnt:

ÄA1.21: Titeländerung Kapitel 9

Einreichende: AG Demokratische Linke

Antrag:

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Kapitel: „Leipzig stärkt persönliche Sicherheit und öffentliche Ordnung“

Den Titel folgendermaßen zu ändern:

„~~Leipzig stärkt persönliche Sicherheit und öffentliche Ordnung~~“
Leipzig schafft Wohlfühlen und Sicherheit durch Gemeinschaft“

Begründung:

Der vorgesehene Titel schärft in seiner Sprache den Wunsch nach Sicherheit und Ordnung im konservativen Sinne über Kontrollinstanzen. Das können wir als Außenwirkung nicht wollen. Gemeinschaft und Verständnis schaffen subjektive Sicherheitsgefühle und erhöhen den Wunsch das Lebensumfeld in Ordnung und sauber zu halten. Daraus ist ebenfalls die Stärkung des KPR zu begründen.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen: angenommen: abgelehnt:

16 ÄA. Änderungsanträge zum OBM - Wahlprogramm

ÄA1.22: Wahlalter

Einreichende: AG Demokratische Linke, Linksjugend Leipzig

Antrag:

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Kapitel: Leipzig stärkt Demokratie und Frieden

Ergänzung von „Leipzig will wählen - Ich setze mich als Oberbürgermeisterin im Freistaat Sachsen dafür ein, dass unsere Landesverfassung ermöglicht, dass Jugendliche ab 16 Jahren die nächste Oberbürgermeisterin und den Stadtrat wählen können."

Begründung:

Aus emanzipatorischer Sicht müssen wir uns als linke Partei dafür einsetzen das mehr Menschen die Oberbürgermeisterin und die Kommunalparlamente mitwählen können. Die Möglichkeit auf kommunaler Ebene ist dafür zwar begrenzt aber der Druck auf die Landesregierung kann durch eine Leipziger Oberbürgermeisterin erhöht werden.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen: angenommen: abgelehnt:

ÄA1.23: Geschlechtergerechte Sprache nutzen

Einreichende: Jessica Herrmann

Unterstützende: Felix Köppe, Noah Groß, Nortia Heurtebise, Kevin Ehser, Natascha Kalantar, Vivien Möck, Christopher Berberich, David Zech, Timon Keil, Tammo Thyselius, Carla Büttner, Gabriel Dorn, Benjamin Sittig, Vincent Heidemann, BG Linksjugend Leipzig, Maximilian Hampel, Anna Ebenbeck, Moritz Halm, Leyla Kluge, Anja Leder, Anja Materna, Moritz Koneffke, Marie Paschold, AG Queer

Antrag:

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Den Satz

"~~Leipzig fördert Gleichstellung – wir benötigen eine konsequente Umsetzung von Förderplänen für Frauen*, Trans- und Interpersonen in allen Bereichen der Stadtverwaltung, kommunalen Unternehmen und städtischen Eigenbetrieben, einschließlich der paritätischen Besetzung von Führungspositionen und mehr Frauen in Aufsichtsräten.~~"

(Zeilen 512-518) wie folgt ändern und zu ergänzen:

"Leipzig fördert Gleichstellung – wir wollen die Förderpläne für Frauen sowie für trans*, inter*geschlechtliche und nichtbinäre Menschen in allen Bereichen der Stadtverwaltung, in kommunalen Unternehmen und in städtischen Eigenbetrieben konsequent umsetzen. Dazu gehören die paritätische Besetzung von Führungspositionen und mehr geschlechtliche Vielfalt in den Aufsichtsräten."

Begründung:

Trans* Frauen sind Frauen. Das Sternchen hinter „Frauen*“ kann den Eindruck erwecken, dass sie erst durch einen Zusatz einbezogen werden, was widerum trans*feindlich ist. Deshalb steht im Antrag „Frauen“ ohne Sternchen.
Die neue Fassung verwendet „trans*geschlechtlich“ und „inter*geschlechtlich“ als Adjektive. So lässt sich eine für die Gleichstellungsförderung wichtige Eigenschaft benennen, ohne sie zum bestimmenden Merkmal eines Menschen zu machen. Bei einem Wort wie „Transmenschen“ kann genau dieser Eindruck entstehen. Der Bundesverband Trans* empfiehlt aus diesem Grund die getrennte Schreibweise, etwa „trans* Menschen“ oder „trans* Frauen“.
Nichtbinäre Menschen werden ausdrücklich genannt, damit klar ist, dass die Förderpläne auch für sie gelten, denn manche nichtbinären Menschen bezeichnen sich als trans*, andere nicht. Der Ansatz einer geschlechtersensiblen Sprache im Programmentwurf und der Einsatz für Gleichstellung, queere Teilhabe und den Schutz vor Diskriminierung sind ausdrücklich zu begrüßen. Dieser Anspruch muss sich auch in der Wortwahl widerspiegeln.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen: angenommen: abgelehnt:

ÄA1.24: Teilhabe in der Stadtverwaltung als Aufgabe der Verwaltungspolitik und nicht als Punkt der "Persönlichen Sicherheit und öffentlichen Ordnung"

Einreichende: Jessica Herrmann, Jule Nagel, Christoph Sedlaczek

Unterstützende: Kevin Ehser, Natascha Kalantar, Nortia Heurtebise, Felix Köppe, Noah Groß, Vivien Möck, Christopher Berberich, Tammo Thyselius, Carla Büttner, Gabriel Dorn, Benjamin Sittig, Vincent Heidemann, BG Linksjugend Leipzig, Maximilian Hampel, Anna Ebenbeck, Moritz Halm, Anja Leder, Anja Materna, Moritz Koneffke

Antrag:

Der Stadtparteitag der Linken Leipzig möge beschließen:

Die Zeilen 342–343 im Kapitel „Leipzig stärkt persönliche Sicherheit und öffentliche Ordnung“ zu streichen: „~~Leipzig integriert – kurzfristig wird ein Programm zur Integration von Menschen mit Migrationsgeschichte für die Stadtverwaltung initiiert.~~“

In Kapitel 10 „Leipzigs Rathaus als Mittelpunkt des städtischen Lebens“ wird nach Zeile 362 unter „Meine Vorhaben“ folgender Absatz eingefügt:

„Leipzig öffnet die Stadtverwaltung – Ich werde die Stadtverwaltung konsequent interkulturell öffnen und mich gegen jede Form von Rassismus und Diskriminierung einsetzen. Menschen, die selbst oder deren Familien eingewandert sind, gehören gleichberechtigt zur Leipziger Stadtgesellschaft. Ich stärke ihre Selbstorganisationen sowie die bestehenden Angebote für Beratung, Unterstützung und Teilhabe.
Als Arbeitgeberin trägt die Stadt Verantwortung für gleiche Chancen bei Ausbildung, Einstellung und beruflichem Aufstieg. Gemeinsam mit Beschäftigten und Leipziger Selbstorganisationen von Menschen mit Migrations- und Rassismuserfahrung werde ich kurzfristig die Ausschreibungen und Auswahlverfahren der Stadt überprüfen und Benachteiligungen abbauen und schauen, ob es zusätzlich neue Programme braucht. Der Name oder die zugeschriebene Herkunft eines Menschen dürfen bei der Vergabe eines Ausbildungsplatzes, einer Einstellung oder einer Beförderung keinen Ausschlag geben.“

Begründung:

Im Programmentwurf folgt das Vorhaben „Leipzig integriert“ unmittelbar auf Ausführungen zu Polizei, Kriminalprävention und städtischen Sicherheitsbehörden. Diese Platzierung stellt einen Zusammenhang zwischen Migration und öffentlicher Sicherheit her, für den es keinen sachlichen Grund gibt. Die interkulturelle Öffnung der Stadtverwaltung gehört in das Kapitel über das Rathaus. Dort geht es um die Verantwortung der Stadt gegenüber den Menschen, die hier leben, und gegenüber denen, die bei ihr arbeiten oder sich auf eine Stelle bewerben. Aus der Einwanderungsgeschichte einer Person oder ihrer Familie lässt sich kein persönlicher Integrationsbedarf ableiten. Menschen mit Flucht- und Migrationserfahrung gestalten Leipzig mit. Ihre Selbstorganisationen beraten, vertreten die Interessen ihrer Communitys und ermöglichen politische und gesellschaftliche Teilhabe. Sie sollen für diese Arbeit Unterstützung erhalten und zudem an Entscheidungen über die Öffnung der Verwaltung mitwirken. Die bestehenden Strukturen und Selbstorganisationen sollen unterstützt werden, es braucht dafür kein kurzfristiges neues Programm.
Die bisherige Formulierung lässt zudem offen, wer Unterstützung braucht und wobei. Aus der Migrationsgeschichte einer Person lässt sich kein persönlicher Integrationsbedarf ableiten. Zudem ist "Migrationsgeschichte" ein sehr weit gefasster Begriff und kann sich u.a. auch auf Personen beziehen, die hier bereits in 5. Generation heimisch sind. Wer in Leipzig geboren und aufgewachsen ist, kann bei einer Bewerbung wegen des eigenen Namens als „fremd“ wahrgenommen werden. Die Benachteiligung entsteht dann also im Auswahlverfahren. Genau dort kann die Stadt als Arbeitgeberin etwas ändern. Die vorgeschlagene Neufassung benennt deshalb die Verantwortung der Verwaltung und bezieht Menschen mit eigener Erfahrung in die Umsetzung der Vorhaben ein.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen: angenommen: abgelehnt:

ÄA1.25: Keine Verdrängung*

Einreichende: Jule Nagel, Christoph Sedlaczek, Jessica Herrmann

Unterstützende: Timon Keil, Johannes Hildebrandt, Claudia Scholz

Antrag:

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Ersetze in Zeil 13f

„~~Eine Stadt, die wächst, ohne Menschen aus ihren Vierteln zu verdrängen.~~“

durch

„Eine Stadt, in der Menschen nicht länger aus ihren Vierteln verdrängt werden.“

Begründung:

Die letzten 20 Jahre war genug Wachstum, das muss Mensch nicht zwingend forcieren. Menschen sollten auch ohne Wachstum nicht aus ihren Vierteln verdrängt werden.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen: angenommen: abgelehnt:

ÄA1.26: Möglichkeiten und mehr Bildungsgerechtigkeit*

Einreichende: Jule Nagel, Christoph Sedlaczek

Unterstützende: Jessica Herrmann, Johannes Hildebrandt

Antrag:

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Ersetze in Zeile 15 „~~Chancen~~“ durch „Möglichkeiten“, in Zeile 81 „~~Chancen~~“ durch „Möglichkeiten“ und in Zeile 102 „~~mehr Bildungschancen~~“ durch „mehr Bildungsgerechtigkeit“.

Begründung:

Wir sind uns inhaltlich im Kern sicher einig: Gleiche Chancen alleine sind noch kein erstrebenswertes Ziel. Die Chancen können nämlich auch gleich sein, wenn sie sehr niedrig sind. Statt bspw. nur die (gleiche) „Chance“ auf gesunde Nahrung oder gute Bildung zu haben, sollte jeder Mensch die echte Möglichkeit zu beidem haben. Deshalb wäre es schön, wenn wir den Begriff der Chance an diesen Stellen ersetzen. (Inhaltlich sind wir uns vermutlich dahingehend auch völlig einig).

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen: angenommen: abgelehnt:

20 ÄA. Änderungsanträge zum OBM - Wahlprogramm

ÄA1.27: blockierte Wege*

Einreichende: Jule Nagel, Christoph Sedlaczek

Unterstützende: Jessica Herrmann, Timon Keil

Antrag:

Der Stadtparteitag der Linken Leipzig möge beschließen:

Ersetze in Zeile 174f „~~Auch Menschen, die mit dem Fahrrad unterwegs sind, stoßen noch viel zu oft auf Lücken im Radwegenetz oder auf gefährliche Kreuzungen.~~“

durch

„Auch Menschen, die mit dem Fahrrad unterwegs sind, stoßen noch viel zu oft auf Lücken im Radwegenetz, auf gefährliche Kreuzungen oder blockierte Wege.“

Begründung:

Fahrradinfrastruktur nutzt nur etwas, wenn sie nicht blockiert wird – sei es durch darauf geschobenen Schneematsch, E-Rollern oder Lieferdienste, die ihren Beschäftigten so viel Druck machen, dass diese genötigt werden, ihre Fahrzeuge rechtswidrig auf dem Radweg abzustellen.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen: angenommen: abgelehnt:

ÄA1.28: Bestandsmieten*

Einreichende: Jule Nagel, Christoph Sedlaczek

Unterstützende: Jessica Herrmann, Timon Keil, Johannes Hildebrandt, Claudia Scholz

Antrag:

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Im Absatz „Leipzig stärkt die LWB“ wird in Zeile 67 folgender Satz ergänzt:

„Auch die Bestandsmieten sollen stabil bleiben, darum werde ich die Ausreizung der Mieterhöhungen beenden.“

Begründung:

Die LWB erhöht jährlich die Bestandsmieten von großen Teilen ihrer Bestände (im aktuellen

Jahr: 10.900 und damit über ein Viertel der Wohnungen), und schöpft dabei die gesetzlich mögliche Kappungsgrenze aus. Möglich sind diese Mieterhöhungen ohne Veränderungen oder Verbesserungen des Wohnstandards auf Grundlage des Mietspiegels um 15% in drei Jahren. Wir fordern als Linke in unserem Kommunalwahlprogramm 2024 einen Mietenstopp bei der LWB. Auch die OBM sollte sich für eine Deckelung der Mieterhöhungen einsetzen.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen: angenommen: abgelehnt:

ÄA1.29: Betreuungsschlüssels in Kita*

Einreichende: Jule Nagel, Christoph Sedlaczek

Unterstützende: Marie Paschold, Jessica Herrmann, Timon Keil, Claudia Scholz

Antrag:

Der Stadtparteitag der Linken Leipzig möge beschließen:

Im Absatz „Leipzig schafft frühe Chancen“ wird in Zeile 94 der Satz wie folgt geändert “in den nächsten Jahren werden weitere Kindergärten schrittweise zu Familienzentren“

In Zeile 97 wird folgender Satz ergänzt: „Das kommunale Programm zur Verbesserung des Betreuungsschlüssels in Kita mit besonderen Herausforderungen werde ich fortsetzen und erweitern.“

Begründung:

In Leipzig gibt es bereits 35 Kita, die als Kinder- und Familienzentren fungieren und in diesem Kontext zusätzliche Ressourcen erhalten. Ein großer Erfolg war zudem die Etablierung des Programms zur Verbesserung des Betreuungsschlüssels in bisher zehn Kita mit besonderen sozialen Herausforderungen. Dies entlastet Erzieher*innen und ermöglicht Kinder mit Benachteiligungen individuell zu fördern. Dieses Programm ist in jedem Haushalt von Kürzung bedroht und soll gesichert und möglichst erweitert werden.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen: angenommen: abgelehnt:

ÄA1.30: Jugendwohnungslosigkeit*

Einreichende: Jule Nagel, Christoph Sedlacek, Marie Paschold

Unterstützende: Jessica Herrmann, Timon Keil, BG Linksjugend Leipzig, Johannes Hildebrandt, Claudia Scholz

Antrag:

Der Stadtparteitag der Linken Leipzig möge beschließen:

Nach Zeile 107 wird folgender Punkt ergänzt:

„Leipzig verhindert Jugendwohnungslosigkeit – zu viele junge Menschen scheitern an der Wohnungssuche oder sind von Wohnungslosigkeit betroffen. Ich will dafür sorgen, dass alle – ob sie als Careleaver die Hilfen zur Erziehung verlassen, das Jugendhilfesystem bisher gemieden haben, zu wenig Einkommen und einen Rucksack voll Herausforderungen haben oder als Azubis dringend eine Bleibe suchen – ein Dach über dem Kopf und wenn nötig sozialpädagogische Unterstützung bekommen."

Begründung:

Die Zahl von jungen Wohnungslosen in Leipzig wächst stetig. Für junge Menschen ist es zudem wegen ihrer niedrigen Einkommen und wenn sie aus Familien mit ökonomischen Benachteiligungen kommen, besonders schwierig eigenen Wohnraum zu finden, gerade wenn sie verschuldet sind. Darum hat die Stadt verschiedene Projekte geschaffen, die den Weg in eigenen Wohnraum als Grundlage eines eigenständigen Lebens sichern sollen, z.B. das Kommunale JugendWohnen oder das Careleaver-Projekt, mit dem der Abschluss von Mietverträgen mit der
LWB begleitet wird. An der Errichtung eines neuen Azubiwohnheims mit bezahlbaren Mieten ist die Stadt wegen hoher Kosten dagegen bisher gescheitert. Die Ansätze müssen weitergeführt und erweitert werden. Die Bekämpfung von Jugendwohnungslosigkeit muss unter einer Linken OBM Chefinnensache werden.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen: angenommen: abgelehnt:

ÄA1.31: Gegen die Kriminalisierung von Armut – Verzicht auf Anzeigen beim Schwarzfahren endlich umsetzen

Einreichende: Ariane Barth, Bettina Lorenz

Unterstützende: Johannes Schmidt, Leyla Kluge, Tammo Thyselius, Noah Groß, Luca Doll, Sámuel Bachor

Antrag:

Der Stadtparteitag der Linken Leipzig möge beschließen:

Im Kapitel „Leipzig gestaltet die Verkehrswende" wird folgender Punkt ergänzt:

„Leipzig setzt um – Die Kriminalisierung von Armut findet alltäglich statt. Unter dem Gedanken, dass man sich etwas leisten muss, um es zu nutzen, wird die Lebensrealität von Menschen in ökonomisch prekären Lagen oft verschlimmert und grundlegend die Notwendigkeit der Nutzung außer Acht gelassen. Aus diesem Grund will ich den im März

gefassten Beschluss des Stadtrats Leipzig zur Aussetzung der Strafanzeigen durch die LVB bei Fahren ohne Fahrschein umsetzen. Hierfür will ich mich an den Städten Halle (Saale) oder Dresden orientieren, wo der Verzicht auf Strafanzeigen bereits rechtssicher praktiziert wird. Zudem will ich mich über die Städtetage für eine Reform des Strafgesetzbuchs einsetzen, sodass der § 265a endlich gestrichen wird und Armut damit gesetzlich entkriminalisiert wird."

Begründung:

Der Leipziger Stadtrat hat im März 2025 auf Antrag der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD beschlossen, dass das Fahren ohne gültigen Fahrschein in den Bussen und Bahnen der Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB) künftig nicht mehr strafrechtlich verfolgt werden soll. Ziel des Beschlusses war es, die Kriminalisierung von Menschen aufgrund fehlender finanzieller Mittel zu beenden und einen Beitrag zu einer sozial gerechteren Verkehrspolitik zu leisten.
Ein über Jahr nach diesem Beschluss besteht weiterhin erheblicher Handlungsbedarf bei dessen Umsetzung. Aus der offiziellen Antwort der Stadtverwaltung auf die Anfrage VIII-F-02138-AW-01 geht hervor, dass die LVB allein im Jahr 2025 mehr als 1.200 Strafanzeigen wegen des sogenannten Erschleichens von Leistungen (§ 265a StGB) erstattet haben. Damit stellt sich die Frage, inwieweit der politische Wille des Stadtrates tatsächlich in die Verwaltungspraxis und das Handeln der kommunalen Unternehmen übertragen worden ist und wo hier eine OBM einer sozialistischen Partei ansetzen kann.
Die Folgen dieser Strafverfolgung sind erheblich. In Sachsen verbüßten nach Angaben des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz im Jahr 2025 insgesamt 205 Personen eine Ersatzfreiheitsstrafe aufgrund des Erschleichens von Leistungen. Die vom Freiheitsfonds erhobenen Sozialdaten zeigen zudem, dass insbesondere Menschen in prekären Lebenslagen betroffen sind: 87 Prozent der erfassten Betroffenen sind erwerbslos, 15 Prozent wohnungslos und ein ebenso hoher Anteil psychisch vulnerabel. Auch die Angaben des sächsischen Justizministeriums weisen darauf hin, dass knapp ein Viertel der Inhaftierten zum Zeitpunkt der Aufnahme keinen festen Wohnsitz hatte.
Diese Zahlen verdeutlichen die sozialen Auswirkungen einer Strafverfolgung, die Menschen wegen der Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel ohne gültigen Fahrschein treffen kann. Insbesondere bei Menschen, die sich kein Ticket leisten können, führt die strafrechtliche Verfolgung häufig zu einer weiteren Verschärfung ihrer ohnehin schwierigen Lebenssituation. Die Umwandlung nicht bezahlbarer Geldstrafen in Ersatzfreiheitsstrafen steht dabei in einem erheblichen Spannungsverhältnis zu den Zielen einer sozialen und inklusiven Stadtgesellschaft.
Aus diesem Grund sollte eine linke OBM genau derartige Vorhaben forcieren und in ihr Wahlprogramm aufnehmen.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen: angenommen: abgelehnt:

ÄA1.32: Praktisch und bürgernah ans Ziel – eine mobile Verkehrs-App-Lösung für alle

Einreichende: Ariane Barth, Bettina Lorenz

Unterstützende: Johannes Schmidt, Noah Groß, Luca Doll, Sámuel Bachor, Kai Tischer

Antrag:

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Im Kapitel „Leipzig gestaltet die Verkehrswende“ wird folgender Punkt ergänzt:

„Leipzig bewegt mehr – Langfristig setze ich mich für eine mobile App-Lösung ein, welche alle Verkehrsmittel und -teilnehmer*innen in der Stadt berücksichtigt. Hierfür möchte ich die Zusammenführung der interaktiven Karte der offiziellen Baustellenübersicht der Stadt Leipzig, der Mobilitäts-App LeipzigMOVE der Leipziger Verkehrsbetriebe sowie anderer App-Angebote der Stadt zur digitalen Informationsübermittlung prüfen, damit alle aktuellen Straßensperrungen, Großbaustellen und Umleitungen in einer mobilen App für alle Leipziger*innen entsprechend ihren alltäglichen Lebens- und Mobilitätsrealität abrufbar sind.“

Begründung:

Wir müssen in Leipzig spürbar zeigen, wie sich der Alltag mit einer OBM einer sozialistischen Partei verändert. Aktuell sind in Leipzig viele Menschen aus verschiedenen Gründen nicht nur mit dem Rad oder der Straßenbahn unterwegs. Es existieren bereits zahlreiche Studien, die belegen, dass es unterschiedliche Mobilitätsbedürfnisse bei verschiedenen Lebensrealitäten gibt. Diese resultieren aus sozialen Rollen und geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung, die oftmals den Alltag vieler Menschen prägen. Damit zeigt sich, dass das Mobilitätsverhalten vieler Menschen vielfältiger, sozialer und weniger linear ist. Hierzu zählen beispielsweise Menschen mit Care- und Fürsorgeaufgaben.
Diesen unterschiedlichen Bedürfnissen wird der öffentliche Nahverkehr in Leipzig noch nicht gerecht. Aus diesem Grund sind viele Menschen auf die Nutzung eines Autos oder auf Fahrdienste angewiesen. Leipzig ist eine wachsende Stadt und regelmäßig finden sich neue Baustellen im Stadtgebiet. Jeder von uns kennt es, dass man es einfach nicht täglich schafft sich online oder anderweitig zu informieren, wo Sperrungen, Umleitungen oder Spurverengungen zu Mehrwegen, Verzögerungen oder längeren Fahrzeiten führen und wie schwierig es ist während der Fahrt schnell eine andere Route zu finden.
Mamdani hat in den ersten 100 Tagen nach seinem Amtsantritt die Probleme im Alltag der Menschen ernst genommen und hat dies am Beispiel der Schlagloch-Politik gezeigt. Hierfür nutzt die Verwaltung digitale Möglichkeiten, um Mängel und Probleme zu melden. Wir sollten uns diese Bürgernähe und diesen Pragmatismus zum Vorbild nehmen, um an den realen Lebensumständen in Leipzig etwas zu verändern. Um die Debatten zur Art und Weise der Umsetzung in New York zu überspringen, möchten wir direkt eine digitale App-Lösung nutzen und hierfür nicht noch eine App entwickeln lassen, sondern die bestehenden Angebote und deren Weiterentwicklungspotentiale nutzen.
Die mobilen App-Lösung sollte ggf. über eine Push-Meldung Menschen in Leipzig über ihren Weg zur Arbeit, zur Kita, zur Schule oder anderen Wegen, die ihren Alltag gestalten, informieren. Eine spezifische, eigenständige Smartphone-App für alle Verkehrsmittel nur für Baustellen bietet die Stadt Leipzig aktuell nicht. Aktuell müssen hierfür die mobile Webseite und die Baustellenübersicht der Stadt Leipzig aufgerufen werden, um sich zu informieren.

Aus diesem Grund besteht die Überlegung z. B. die bestehende LeipzigMOVE-App mit der Karte zu koppeln und über die bestehenden Funktionen diese praktische Verbesserung im Lebensalltag vieler Menschen zu integrieren. 2025 gab es fast 220. 000 aktive Nutzer*innen monatlich. Dies ist ein Fundament, dass wir ausbauen können, damit wir alle gut und stressfrei ans Ziel kommen.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen: angenommen: abgelehnt:

ÄA1.33: Leipzig hat Hunger auf mehr – für ein öffentliches Kantinenwesen in Leipzig

Einreichende: Ariane Barth, Bettina Lorenz, Katja Wagner

Unterstützende: Johannes Schmidt, Tammo Thyselius, Noah Groß, Luca Doll, Karla Zierold, Sámuel Bachor, Mirjam Göbel, Anna Beisenwenger, Philipp Linstädter, Nina Tempelhof

Antrag:

Der Stadtparteitag der Linken Leipzig möge beschließen:

Aus dem Kapitel „Leipzig pflegt das Miteinander von Jung und Alt“ wird der Punkt „~~Leipzig isst gemeinsam – Langfristig setze ich mich dafür ein, dass es ein Netzwerk Leipziger Nachbarschaftsküchen mit möglichst einer Küche je Stadtbezirk gibt, die zugleich als öffentliche Orte der Begegnung und des Miteinanders fungieren.~~“

in das Kapitel „Für ein solidarisches und gerechtes Leipzig“ verschoben

und wie folgt umgeschrieben:

„Leipzig isst gemeinsam – Langfristig setze ich mich für die Prüfung und Umsetzung eines öffentlichen Kantinenwesen nach Rostocker und Berliner Vorbild in Leipzig ein, welches in unsere städtische Ernährungsstrategie eingebettet wird. Somit soll ein Netzwerk Leipziger Nachbarschaftsküchen mit möglichst einer Küche je Stadtbezirk entstehen. Diese sollen die Ernährungsarmut sowie den Hunger der Menschen in Leipzig beenden, als öffentliche Orte der Begegnung und des Miteinanders fungieren und können auch positive Auswirkungen auf die regionale Landwirtschaft sowie die Arbeitsbedingungen in der Lebensmittelversorgung haben.“

Begründung:

Die Forderung nach öffentlichen Kantinen ist keineswegs neu. Bereits Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts setzten sich die Arbeiter*innenbewegung und Gewerkschaften angesichts der strukturellen Missstände in den Fabriken für eine gemeinschaftliche und bezahlbare Essensversorgung ein. Volksküchen und öffentliche Kantinen entstanden insbesondere in Zeiten gesellschaftlicher Krisen: Hungersnöte, Weltkriege, Wirtschaftskrisen und Pandemien machten deutlich, dass die Versorgung mit ausreichend Nahrung nicht allein

dem Markt überlassen werden darf.
Auch heute stehen wir vor einer solchen Herausforderung. Die Lebensmittelpreise wurden in den vergangenen Jahren erheblich angehoben. Kriege und geopolitische Krisen, Lieferengpässe bei Betriebsmitteln sowie klimawandelbedingte Ernteausfälle verschärfen die Situation zusätzlich. Unsere Lebensmittelversorgung ist in hohem Maße von globalen Entwicklungen abhängig und entsprechend anfällig für Krisen. Die steigenden Kosten belasten insbesondere Menschen mit geringem Einkommen, die einen überproportional hohen Anteil ihres Einkommens für Lebensmittel aufwenden müssen. Auch in Leipzig nehmen der Hunger und die Ernährungsarmut vieler Menschen zu.
Diese Entwicklung erleben und beobachten zahlreiche unserer Aktiven in den Küchen für alle (Küfa). Im gesamten Stadtgebiet engagieren sich Genoss*innen und weitere Freiwillige, die mindestens einmal wöchentlich ein warmes und vollwertiges Essen an verschiedenen Orten zubereiten und ausgeben. Der wachsende Bedarf zeigt, wie wichtig diese Angebote sind, macht aber zugleich deutlich, dass die Sicherstellung einer ausreichenden Ernährung nicht dauerhaft auf ehrenamtliches Engagement und zivilgesellschaftliche Strukturen abgewälzt werden darf. Auch die zunehmende Überlastung der Lebensmitteltafeln oder Einrichtungen und Anlaufstellen für Menschen ohne festen Wohnsitz verdeutlicht die Grenzen des bisherigen Systems. Statt Menschen mit Hunger und in Ernährungsarmut auf die Unterstützung durch Tafeln zu verweisen, braucht es eine strukturelle und öffentliche Verantwortung für die Lebensmittelversorgung.
Deshalb setzen wir uns für die Einführung eines öffentlichen Kantinenwesens in Leipzig ein. Bezahlbare und zugängliche öffentliche Kantinen können als Bestandteil der kommunalen Daseinsvorsorge Menschen unmittelbar entlasten und einen Beitrag zur Bekämpfung von Ernährungsarmut leisten. Sie schaffen Orte, an denen alle Menschen unabhängig von ihrem Einkommen gemeinsam essen können. Damit verbinden sie die Sicherung der Grundversorgung mit sozialer Teilhabe, Begegnung und einem solidarischen Miteinander. Die Umsetzung des Rechts auf Nahrung darf nicht allein der Zivilgesellschaft überlassen bleiben, sondern muss als öffentliche Aufgabe strukturell verankert werden.
Ein öffentliches Kantinenwesen sollte dabei nicht aus isolierten Einrichtungen bestehen, sondern in eine umfassende kommunale Ernährungsstrategie eingebettet sein. Öffentliche und teilöffentliche Ernährungsnetzwerke können Küchen, Lebensmittelhandwerk, landwirtschaftliche Erzeugerinnen und Verbraucherinnen miteinander verbinden. Ziel ist eine bedarfsorientierte, sozial gerechte und ökologisch nachhaltige Versorgung, die regionale Strukturen stärkt und langfristige Perspektiven schafft.
Öffentliche Kantinen bieten zugleich erhebliche Chancen für die regionale Landwirtschaft. Durch ihre kontinuierliche Nachfrage können sie die Produktion ökologisch erzeugter Lebensmittel stärken und den Ausbau nachhaltiger Landnutzung unterstützen. Langfristige Abnahmeverträge, beispielsweise für die Belieferung von Schul- und Kitakantinen, können landwirtschaftlichen Betrieben und dem Lebensmittelhandwerk mehr Planungssicherheit bieten. Voraussetzung dafür sind faire Preise und verlässliche Abnahmestrukturen.
Gleichzeitig eröffnet ein öffentliches Kantinenwesen die Möglichkeit, die häufig prekären Arbeitsbedingungen entlang der gesamten Lebensmittelversorgungskette zu verbessern – von der Landwirtschaft über die Verarbeitung und das Lebensmittelhandwerk bis hin zur Gastronomie. So kann kommunale Beschaffung gezielt dazu beitragen die Verhältnisse für Arbeiter*innen in Leipzig mitzudenken.
Darüber hinaus verstehen wir ein öffentliches Kantinenwesen als ein Beispiel demokratischer Teilvergesellschaftung. Die Versorgung mit Lebensmitteln wird dabei schrittweise aus rein privatwirtschaftlichen Strukturen herausgelöst und gemeinschaftlich organisiert. Im Mittelpunkt stehen nicht Profitmaximierung, Konkurrenz und wirtschaftlicher Wachstumszwang, sondern die Bedürfnisse der Menschen. Teilvergesellschaftung bedeutet dabei nicht zwangsläufig Verstaatlichung. Denkbar sind unterschiedliche Organisationsformen: kommunale Kantinen, genossenschaftlich organisierte Küchen,

selbstverwaltete Nachbarschaftsküchen oder öffentlich finanzierte und autonom betriebene Kantinensysteme. Entscheidend ist, dass sie dem Gemeinwohl verpflichtet, demokratisch gestaltet und für alle Menschen zugänglich sind.
Dass solche Ansätze kommunalpolitisch umsetzbar sind, zeigt das Beispiel Rostock. Dort wurde die Schulessensversorgung rekommunalisiert. Seit 2025 organisiert die Mittagsmatrosen GmbH, eine hundertprozentige Tochtergesellschaft der Stadt Rostock, die Versorgung an öffentlichen Schulen mit bezahlbarem Mittagessen. Die linke Oberbürgermeisterin Eva-Maria Kröger hatte sich maßgeblich für das Konzept eingesetzt und dessen Umsetzung vorangetrieben. Auch die Berliner Kiezkantinen bieten Anknüpfungspunkte für die Entwicklung eines öffentlichen und sozial orientierten Kantinenwesens. Entsprechend sollten wir diese Konzepte und weitere notwendige Schritte für Leipzig prüfen und langfristig weiterdenken.
Ein öffentliches Kantinenwesen kann somit auf mehreren Ebenen wirken: Es macht satt, fördert eine gesunde Ernährung, stärkt soziale Teilhabe, unterstützt regionale Wertschöpfung und treibt den sozialökologischen Wandel voran. Gleichzeitig kann es als verbindendes Element zwischen kommunalen Einrichtungen und Akteur*innen aus den Bereichen Gesundheit, Landwirtschaft und Soziales fungieren.
Wir wollen diese Potenziale auch für Leipzig nutzen. Ein Netzwerk öffentlicher Nachbarschaftsküchen, möglichst mit mindestens einer Küche je Stadtbezirk, kann einen konkreten Beitrag zu einer solidarischen und krisenfesten Stadt leisten. Leipzig kann damit zeigen, dass eine Kommune die Versorgung ihrer Einwohner*innen aktiv gestalten und soziale Infrastruktur jenseits privatwirtschaftlicher Profitinteressen schaffen kann. Ein öffentliches Kantinenwesen ist für uns deshalb mehr als ein Angebot zur Essensversorgung: Es ist ein Instrument linker Kommunalpolitik, um Solidarität praktisch werden zu lassen.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen: angenommen: abgelehnt:

ÄA1.34: Stopp der Mieterhöhungen*

Einreichende: Basisgruppe Linksjugend Leipzig

Antrag:

Der Stadtparteitag der Linken Leipzig möge beschließen:

In Kapitel 1 Z.67 hinter „... damit der finanzielle Spielraum der LWB erweitert werden.“ anzufügen:

„Gleichzeitig muss die LWB langfristig ihre Mieten stabil halten und für Wohnraum für alle Leipziger:innen sorgen. Ich setze mich für einen Stopp der Mieterhöhungen bei der LWB für mindestens zwei Jahre, für die Stärkung der LWB als nichtprofitorientiertes Wohnungsunternehmen und den Ausbau des städtischen Wohnungsbaus ein."

Begründung:

Die Mietpreise der LWB sind gerade in zentrumsnahen Gebieten teilweise enorm gestiegen. Ein städtisches Unternehmen beteiligt sich sehr aktiv am aktuellen Mietenwahnsinn in

Leipzig und an der Verdrängung armer Menschen an den Stadtrand. Politisches Eingreifen ist gefragt und durch den Stadtrat auch möglich. Die Stadt muss ihr Unternehmen und damit auch ihre nicht geringe Steuerungswirkung auf den Leipziger Mietmarkt endlich nutzen. Mieterhöhungen bei der LWB gehören gestoppt.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen: angenommen: abgelehnt:

ÄA1.35: Jugendparlamentsreform*

Einreichende: Basisgruppe Linksjugend Leipzig

Antrag:

Der Stadtparteitag der Linken Leipzig möge beschließen:

In Kapitel 4 Z. 153 hinter der Überschrift „Leipzig entscheidet“ einzufügen:

„Das Jugendparlament fällt in Leipzig hinter sein Potential zurück und benötigt, um die Jugend in Leipzig wirklich breit vertreten zu können, eine Reform.
Ich setze mich für eine Projektgruppe „Jugendparlamentsreform“ ein, die aus dem Jugendparlament selbst und Jugendlichen aus den verschiedenen Stadtbezirken gebildet wird und die die Leipziger OFTs sowie weitere Akteure der Jugendhilfe in ihre Arbeit einbezieht. Ziel sollen eine Reform der Wahl des Jugendparlaments und eine hürdenärmere Arbeit für junge Menschen in diesem Gremium sein. Jugendbeteiligung muss für alle Jugendlichen dieser Stadt möglich sein.“

Begründung:

Das Jugendparlament der Stadt Leipzig leidet nicht nur an einer dauerhaft geringen Wahlbeteiligung, in seiner aktuellen Form dient es vor allem der Beteiligung einer akademischen und bürgerlichen Mittelschicht, schafft es aber kaum die Breite der Jugendlichen in Leipzig und noch weniger ihrer Anliegen und Forderungen abzubilden. Es braucht ein anderes Wahlverfahren, das einen breiten Zugang zur Wahl des JuPas ermöglicht und vereinfacht. Außerdem muss die Arbeit im Jugendparlament hürdenärmer gestaltet werden, Jugendliche sollten sich nicht durch schwer nachvollziehbare Verwaltungssprache und -prozesse kämpfen müssen, um ihre Anliegen anzubringen.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen: angenommen: abgelehnt:

ÄA1.36: Gegen einen autoritär agierenden Staat*

Einreichende: Basisgruppe Linksjugend Leipzig

Antrag:

Der Stadtparteitag der Linken Leipzig möge beschließen:

In Kapitel 9 nach Zeile 351 einzufügen:

"[Überschrift]: Leipzig wird für alle sicher [Text]: Ich stelle mich klar gegen einen autoritär agierenden Staat, der sich Leipziger:innen immer wieder in Uniform präsentiert.
Es braucht viel mehr engere Absprachen zwischen Polizei und Stadt, mehr Deeskalation und Prävention in der Kriminalitätsbekämpfung und Polizeiarbeit, gerade auch im Versammlungsgeschehen. Vorkommnisse wie am 03.06.2023 dürfen sich nicht wiederholen, willkürliche Personenkontrollen an s.g. „gefährlichen Orten“ müssen ein Ende finden."

-

Begründung:

Das Vorgehen der sächsischen Polizei sorgt immer wieder auch bundesweit für scharfe Kritik, markante Ereignisse waren der überdimensionale Kessel am 3.6.2023, das Kesseln einer ganzen Straßenbahn am 19.05.2025, aber auch immer wieder Gewalt während und nach linken Demos. Polizeiarbeit sollte Grundrechte in allen Bereichen schützen und nicht einschränken. Die Leipziger Oberbürgermeisterin sollte sich für enge Absprachen mit der Polizeidirektion und mehr deeskalative und präventive Ansätze in der Leipziger Kriminalitätsbekämpfung einsetzen.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen: angenommen: abgelehnt:

ÄA1.37: Leipzig kann Subkultur*

Einreichende: Basisgruppe Linksjugend Leipzig

Antrag:

Der Stadtparteitag der Linken Leipzig möge beschließen:

In Kapitel 15 nach Z. 564 einzufügen: "[Überschrift]: Leipzig kann Subkultur [Text]: Ich setze mich für den Erhalt und die Stärkung subkultureller Räume in Leipzig ein. Dabei kämpfe ich für die Finanzierung kleiner Bühnen und Projekt- und Kulturzentren. Ich setze mich dafür ein, dass die Stadt Leipzig das Kneipen- und Clubsterben bekämpft."

Begründung:

Immer mehr Kneipen und Clubs in Leipzig geraten in Schwierigkeiten, viele müssen schließen. Die so schon unter Spannung stehende freie Szene wird durch die aktuelle

Förderpolitik von Landes- und Bundesebene noch stärker bedroht. Zusätzlich werden wichtige soziale und kulturelle Zentren bspw. Nato, Werk 2 und Conne Island auch aus der Kommunalpolitik auch aus der Kommunalpolitik heraus immer wieder in Frage gestellt. Für uns muss klar sein, (Sub-) Kultur ist nicht verzichtbar und die Stadt Leipzig muss das ihr mögliche tun, diese Räume zu schützen.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen: angenommen: abgelehnt:

ÄA1.38: Hauptstadt der kurdischen Autonomieregion Erbil statt Damaskus als Partnerstadt*

Einreichende: Basisgruppe Linksjugend Leipzig

Antrag:

Der Stadtparteitag der Linken Leipzig möge beschließen:

In Kapitel 17 in Z. 607 „~~Damaskus~~“ zu streichen und mit „Erbil“ zu ersetzen.

Begründung:

Seit dem Sturz der Assad-Diktatur sind in Damaskus Islamisten an der Macht, es wäre ein fatales Signal, würde die Stadt Leipzig sich auf dieses neue Regime zu bewegen. Auch wenn aus Leipzig nicht die internationale Politik bestimm wird, Anspruch sollte sein, sich für eine friedliche, selbstbestimmte und demokratische Entwicklung in der Region einzusetzen. Darum wäre die Hauptstadt der kurdischen Autonomieregion im Irak eine bessere Kandidatin für eine Partnerstadt Leipzigs.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen: angenommen: abgelehnt:

ÄA1.39: Wir stehen nicht auf der Seite des Kapitals! Für ein konsequent klassenkämpferisches Leipzig.

Einreichende: Georg Grünewald, AG Betrieb und Gewerkschaft

Unterstützende: Jette Luise Bohlen, Luca Doll, Jasper Frech, Noah Groß, Leon Hentschel, Nicolas Rother, Tessa Schindler, Jaël In 't Veld

Antrag:

Der Stadtparteitag der Linken Leipzig möge beschließen:

Der Änderungsantrag bezieht sich auf den Entwurf des Oberbürgermeisterinnen-Wahlprogramms vom 04.10.2026. Titel und Inhalt von Punkt 6 (S.11) „Leipzig gewinnt an wirtschaftlicher Kraft“ mögen wie folgt geändert werden:

6.~~Leipzig gewinnt an wirtschaftlicher Kraft~~Wirtschaft in Leipzig für die Menschen unserer Stadt umgestalten und stärken

Leipzigs Wirtschaft hat in den vergangenen dreieinhalb Jahrzehnten einen tiefgreifenden Strukturwandel ~~bewältigt~~durchlebt. Heute verfügt die Stadt über eine vielfältige Unternehmenslandschaft, starke Hochschulen und Forschungseinrichtungen und eine wachsende Firmengründungsszene. Dennoch hat unsere Stadt unter den Großstädten in Deutschland die höchste Armutsquote. Viele Beschäftigte arbeiten in Bereichen mit niedrigen Löhnen, geringer Tarifbindung und unsicheren Beschäftigungsverhältnissen.

Unter sich erneut verändernden wirtschaftlichen Bedingungen ~~müssen wir Wertschöpfung sichern, innovative Arbeitsplätze schaffen und gute Bezahlung ermöglichen~~ werde ich im Dialog mit Gewerkschaften, Betriebsräten, Kammern, Wissenschaft und Unternehmen für die Interessen der Beschäftigten eintreten und für die Verbesserung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen kämpfen. Daran werde ich mich messen lassen**.**

~~Dabei werde ich mich besonders für die Stärkung vonGreenTech, Biotechnologie, Pharma- und Medizintechnologie sowie Wasserstoff als Zukunftsbranchen am Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Leipzig einsetzen.~~

~~Wirtschaftliche Entwicklung muss zukunftsfähig sein und gute Arbeit,~~ Tarifbindung und Mitbestimmung der Beschäftigten ~~stärken~~ sollen gestärkt werden. Ich werde die wirtschaftliche Entwicklung Leipzigs aktiv gestalten und wenn notwendig eingreifen, um die Interessen der Beschäftigten durchzusetzen.

~~Im Dialog mit Gewerkschaften, Betriebsräten, Kammern, Wissenschaft und Unternehmen will ich die wirtschaftliche Entwicklung Leipzigs aktiv begleiten. Leipzig muss mehr aus seiner Stärke als Wissenschafts- und Gründungsstadt machen:~~

Als Sozialistin werde ich mich für eine aktive Industriepolitik und eine mit einer stärkeren demokratischen Gestaltung wirtschaftlichen Entwicklung einsetzen. Ich werde mich für die Stärkung gemeinwohl- und zukunftsorientierter, klimaschonender Industrien am Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Leipzig einsetzen und mich gegen Rüstungsindustrien und Rüstungstransporte stark machen. Erneuerbare Energien werde ich unterstützen und vorantreiben. Dem Bau von naturzerstörenden und teuren KI-Datenzentren werde ich entschieden entgegentreten – Wirtschaft darf in Leipzig den Ökozid nicht vorantreiben.

Es müssen bessere Bedingungen dafür geschaffen werden, dass Ideen von hier auch hier verwirklicht werden.~~, Unternehmen wachsen und Arbeitsplätze entstehen~~. Das lässt sich nur verwirklichen, wenn die Macht der Konzerne zurückgedrängt wird und die Menschen in Leipzig über die Bedingungen ihres eigenen Lebens freier und demokratischer entscheiden können, als bisher. Unternehmensprofite stehen für mich nicht im Mittelpunkt politischer Entscheidungen.

Meine Vorhaben:

Leipzig sichert Infrastruktur ~~die Grundlagen wirtschaftlicher Entwicklung~~
~~–~~ ~~Unternehmenbrauchen eine Stadt, auf die Verlass ist:~~ Gute Infrastruktur bedeutet mehr Lebensqualität: Straßen und Bahnen, Energie, schnelles Internet und funktionierende

kommunale Einrichtungen. Ich sorge dafür, dass diese Infrastruktur ~~mitwächst, wenn Wirtschaft und Wissenschaft in Leipzig wachsen~~ ausgebaut wird. Dazu gehören auch gute (über-)regionale Verkehrsverbindungen und ein leistungsfähiger Flughafen Leipzig/Halle in friedlicher Nutzung.

Leipzig bewahrt städtisches Eigentum– Ich stehe zu unseren städtischen Unternehmen. Dazu gehören die Leipziger Stadtwerke, die Kommunalen Wasserwerke und die LVB im LVVKonzern. Dazu kommen die LWB und unser Krankenhaus St. Georg mit seinem Eigenbetrieb. Sie bleiben in städtischer Hand, so wie alle anderen kommunalen Beteiligungen auch.

~~**Leipzig wird digitaler und schneller** - Wer in Leipzig gründen, sich erweitern oder neue Produkte entwickeln und herstellen will, hat künftig einen Ansprechpartner statt fünf Ämter. Die Antragsbearbeitung kann jederzeit online verfolgt werden. Für diesen Unternehmensservice als echten „One-Stop-Shop" werden Wirtschaftsförderung, Invest Region Leipzig und die beteiligten Ämter enger verzahnt. Ein digitaler Verfahrensmonitor schafft Transparenz über Bearbeitungsstand, benötigte Unterlagen und nächste Verfahrensschritte. Damit sollen insbesondere Unternehmensansiedlungen, Erweiterungsinvestitionen und die Umsetzung neuer wirtschaftlicher Vorhaben erleichtert und beschleunigt werden.~~"

Leipzig stärkt ~~Mittelstand und Handwerk~~ Belegschaftsübernahmen im Handwerk und Mittelstand –Handwerk und inhabergeführter Mittelstand~~ sichern Arbeitsplätze, Ausbildung und Wertschöpfung in unserer Stadt.~~sind nicht zu vernachlässigende Teile der Leipziger Wirtschaftsstruktur. Gerade das Handwerk ist leider oft von besonders widrigen Arbeitsbedingungen geprägt. Ich setze mich an der Seite der Handwerker:innen für eine Verbesserung dieser ein~~. Gemeinsam mit den Kammern will ich eine konzentrierte Zusammenarbeit für tragfähige Nachfolgeregelungen in Handwerksbetrieben und inhabergeführten Unternehmen organisieren und dabei Beratung, Vermittlung und Finanzierungsmöglichkeiten besser zusammenführen.~~Mein Ziel ist es, Belegschaftsübernahmen zu erleichtern und Beschäftigten Möglichkeiten aufzuzeigen, ihr Unternehmen gemeinsam und demokratisch weiterzuführen. Diese Bestrebungen werde ich mit einem regionalen Leipziger Wirtschaftsdemokratisierungsfonds in Höhe von bis zu 100 Mio. Euro unterstützen.

~~Die Stadt muss zugleich Garant für funktionierende wirtschaftliche Infrastrukturen und~~ Praktikable Parkplatz- und Ladezonenlösungen insbesondere für Handwerk, Dienstleistungs- und Pflegeunternehmen sind sinnvolle Maßnahmen für einen angenehmeren Arbeitsalltag, die die Stadt garantieren muss.~~sein.~~

Leipzig gewinnt Fachkräfte – In wichtigen Branchen fehlen Fachkräfte, und oft ist das vorher absehbar. Ich werde den Bedarf regelmäßig auswerten lassen.~~Gemeinsam mit~~ Gegenüber Kammern, Gewerkschaften, Hochschulen, Berufsschulen, Unternehmen und der Wohnungswirtschaft ~~lege ich fest, wie wir Fachkräfte gewinnen, ausbilden, qualifizieren und in Arbeit bringen~~ setze ich mich für Maßnahmen ein, die Ausbildung und Studium attraktiver machen. Leipzig wird Tarifstadt und vergibt nur noch Aufträge an Firmen, die nach Tarifvertrag bezahlen und die ihrerseits nur Aufträge an Unterauftragnehmer oder Leiharbeitsfirmen vergeben, die ebenfalls nach Tarifvertrag zahlen. Forschung sollte nur für zivile Zwecke erfolgen – deshalb sollen sich die Hochschulen in Leipzig zu einer Zivilklausel verpflichten.~~ Zur Gewinnung internationaler Auszubildender und Fachkräfte sollen~~ Aufenthaltsverfahren für Menschen aus dem Ausland sollen zentralisiert, beschleunigt und vereinfacht, sowie die vollständig digitale Antragstellung umgesetzt werden - unabhängig

von Ausbildungs- oder Berufsstatus. Ich werde mich dafür einsetzen, dass die Menschen dieser Stadt eine langfristige, friedliche und glückliche Lebensperspektive haben. Gegen prekäre Lebenssituationen und rechtlich fragwürdige Regelungen werde ich mich aktiv einsetzen.

~~**Leipzig bringt Innovationen zur Marktreife –** Viele gute Ideen scheitern nicht an der Technik, sondern am fehlenden Geld auf dem Weg zum ersten Kunden. Diese Lücke will ich mit einem regionalen Leipziger Risikokapitalfonds in Höhe von bis zu 100 Mio. Euro schließen. Der Fonds ist ausdrücklich nicht nur für Start-ups da. Er soll auch bestehenden Unternehmen helfen, neue Produkte zu entwickeln, damit die Wertschöpfung in Leipzig und der Region bleibt. Dafür bringe ich regionale Kreditinstitute, die Sächsische Aufbaubank, die Bürgschaftsbank Sachsen sowie weitere deutsche und europäische Förderbanken und private Kapitalgeber zusammen.~~

Begründung:

Wir wollen organisierende Klassenpartei werden. Das ist bereits im Ansatz zum Scheitern verurteilt, wenn Klassengegensätze verschleiert werden oder sich sogar auf die Seite der Kapitalisten geschlagen wird. Es gilt diese zu benennen und im Klassenkampf parteiisch auf der Seite der Arbeiter:innen stehen. Gerade in Kapitel 6 welches sich der Wirtschaft widmet ist jedoch nicht einmal die Rede von “Arbeiter:innen” oder „Beschäftigten“. Stattdessen beschäftigt es sich fast ausschließlich der Zusammenarbeit mit Unternehmen und denen die sie führen oder führen wollen, also der Kapitalistenklasse. Es ist nicht unsere Aufgabe, den Klassenkampf auf der Seite der Kapitalisten zu organisieren und zu führen.
Das ursprüngliche Kapitel degradiert Arbeiter:innen zum nur vagen Mittel, dem sich nur dann gewidmet wird, wenn es dem ihnen übergeordneten Zweck einer „starken Wirtschaft“ dient. Wenig überraschend steht das Kapitel mit Prinzipien von Standort- & Akkumulationslogik, Sozialpartnerschaft und utilitaristischer Fachkräftegewinnung und -ausbildung, sowie mit Instrumenten wie Risikokapitalfonds für private Unternehmen im klaren Widerspruch zu unserem Parteiprogramm.
Leipzig hat in den vergangenen Jahrzehnten erhebliche wirtschaftliche Entwicklung erlebt. Gleichzeitig gehört die Stadt weiterhin zu den Städten mit den höchsten Armutsquoten Deutschlands. Viele Beschäftigte arbeiten für niedrige Löhne, Tarifbindung und gewerkschaftliche Organisierung liegen weiterhin unter dem Bundesdurchschnitt.
Der Fokus auf die Stärkung der Position des Standorts Leipzigs innerhalb der kapitalistischen Konkurrenz ist aus sozialistischer Sicht abzulehnen. Unser Handeln muss auf der Erkenntnis beruhen, dass eine „starke Wirtschaft“ keinesfalls zwangsläufig mit einer Verbesserung der Lage der Arbeiter:innen einhergeht. Umgekehrt wissen wir allerdings, dass Arbeiter:innen die ersten sind, die im Kapitalismus unter einer „schwachen Wirtschaft“ leiden. Daraus leitet sich jedoch nicht die Stärkung der Unternehmen ab, sondern die Stärkung von Arbeiter:innen und Gewerkschaften, damit sie Angriffe der Kapitalseite besser abwehren können.
Daher verschiebt dieser Änderungsantrag den Schwerpunkt von einer einseitigen Orientierung auf Standortentwicklung hin zu den Interessen derjenigen, die den gesellschaftlichen Reichtum schaffen. Wirtschaftliche Entwicklung, Industrieansiedlungen und Innovationen werden dabei nicht grundsätzlich in Frage gestellt. Sie müssen jedoch daran gemessen werden, ob sie die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Beschäftigten verbessern, Tarifbindung stärken und zur demokratischen Kontrolle wirtschaftlicher Macht beitragen.
Mit Beschlüssen wie „Leipzig wird Tarifstadt“ hat die Partei bereits deutlich gemacht, dass kommunale Politik ihre Handlungsmöglichkeiten nutzen muss, um Tarifbindung, Mitbestimmung und gute Arbeit zu stärken. Der Änderungsantrag knüpft an diese

Beschlusslage an und macht sie zum Ausgangspunkt einer linken Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik. Eine linke Oberbürgermeisterin wird die Widersprüche der kapitalistischen Wirtschaft nicht aufheben können. Sie kann aber dazu beitragen, die Position der Beschäftigten gegenüber den Interessen des Kapitals zu stärken. Daran muss sich linke Wirtschaftspolitik messen lassen.
Bildungsinstitutionen in einer "Wirtschaftseinheit" mit Unternehmen zu denken sehen wir kritisch. Als Sozialist:innen müssen wir benennen, dass die aktuelle Rolle von Bildungsinstitutionen primär die Herausbildung verwertbarer Arbeitskraft ist. Alle angestrebten Reformen in der Bildung sollten daher auf die Verbesserung der Situation von Schüler:innen und Studierenden abzielen. Das heißt auch, dass z.B. das Label der „Exzellenzuniversität" kritisch hinterfragt werden sollte. Stattdessen sollten Instrumente wie die Einführung einer Zivilklausel mit allen Kräften angestrebt werden.
Als sozialistische Partei sollten wir uns außerdem nicht der bürgerlichen Illusion der vermeintlich netten Kapitalisten an der Spitze "mittelständischer" Unternehmen hingeben. Die Orte, wo sich Arbeiter:innen organisieren sind aktuell vor allem große Betriebe. Diese Organisierung gilt es zu fördern. Die aktive Unterstützung von kleinen Unternehmen und Gründungen von Start-Ups etc. sorgt nicht zwangsläufig für die Verbesserung der materiellen Lage von Arbeiter:innen und birgt zusätzlich die Gefahr, dass die Vereinzelung weiter vorangetrieben und der Standpunkt der Arbeiterklasse geschwächt wird. Die Arbeiter:innen in kleinen Unternehmen sollten daher darin unterstützt werden, Betriebe als Belegschaft zu übernehmen und demokratisch zu führen. Statt die Kapitalisierung (vermeintlicher) Innovationen durch finanzielle Hilfen voranzutreiben, sollten wir diese Mittel in die Demokratisierung der Wirtschaft stecken.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen: angenommen: abgelehnt:

ÄA1.40: Neufassungen im Kapitel Verkehrswende*

Einreichende: Dr. Skadi Jennicke

Antrag:

Der Stadtparteitag der Linken Leipzig möge beschließen:

Folgende Abschnitte des Wahlprogramms werden in folgender Weise neu gefasst:

Zeilen 189-194:

„Leipzig fährt im Feierabend – Ab 18 Uhr für einen Euro mit Bus und Bahn durch Leipzig: Ich setze mich für ein Leipziger Feierabendticket ein, mit dem alle abends und am Wochenende günstig mobil sein können. Das Ticket gilt werktags von 18 Uhr bis Mitternacht und am Wochenende bis 4 Uhr morgens. Leipzig soll auch für Menschen ohne Abo bezahlbar und unkompliziert mit ÖPNV erlebbar sein."

Zeilen 182-188:

„Leipzig radelt sicher – Lücken im Radwegenetz schließen: Ich setze mich dafür ein, dass

Radfahren in Leipzig sicherer und attraktiver wird. Dafür müssen wir endlich die Lücken im bestehenden Radwegenetz schließen und durchgängige, sichere Radverbindungen sowie separate Radschnellstraßen schaffen. Mir ist wichtig, dass alle Stadtteile und wichtige Ziele wie Schulen, Kindergärten, Arbeitsplätze und Einkaufsmöglichkeiten mit dem Fahrrad erreichbar sind. Gefährliche Kreuzungen und abrupte Enden von Radwegen dürfen nicht länger zum Alltag gehören. Mein Ziel ist ein zusammenhängendes Radwegenetz, auf dem sich Menschen jeden Alters sicher und komfortabel bewegen können.“

neu ab Zeilen 201:

„Leipzig schützt Kinder – Sichere Straßen vor Schulen und Kindergärten: Schulen und Kindergärten müssen sichere Orte sein – auch im Straßenverkehr. Vor jeder Schule und jedem Kindergärten müssen Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung eingerichtet werden. Dazu gehören Tempo-30-Zonen, verkehrsberuhigte Bereiche oder sichere Querungen. So schaffen wir ein Umfeld, in dem Kinder und Jugendliche ohne Angst ankommen können. Denn die Sicherheit unserer Kinder muss Vorrang vor dem Autoverkehr haben.

Leipzigs Wirtschaft muss rollen: Wirtschafts- und Lieferverkehr rollt dann besser durch Leipzig, wenn die Straßen entlastet, Ampelphasen abgestimmt und Parkplätze für Handwerk und Wirtschaft vorgehalten werden. Baustellenbedingte Umleitungen sollen kein Grund für Staus sein. All das bündeln wir zeitnah in einem Verkehrskonzept Wirtschaftsverkehr.“

Begründung:

erfolgt mündlich

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen: angenommen: abgelehnt:

ÄA1.41: Gegen die Wehrpflicht

Einreichende: Karla Zierold, Jette Luise Bohlen, Leon Hentschel

Unterstützende: BG Linksjugend Leipzig Nordstern, SDS Leipzig, Jasper Frech, Aleksander Domaszewicz, Georg Grünewald, Tjark Delfs, Nikita Tiunin, Gregor Clewing, Mara Luise Günzel

Antrag:

Der Stadtparteitag der Linken Leipzig möge beschließen:

Die Oberbürgermeisterkandidatin Skadi Jennicke positioniert sich auch gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht. In ihrem Wahlprogramm bringt sie dazu die folgenden zwei Sätze ein:

„Da ich Aufrüstung verurteile, sage ich: auch ein Musterungszentrum oder andere Orte, die zur Umsetzung einer Wehrpflicht genutzt werden, haben in Leipzig keinen Platz. Ich bin

gegen die Wehrpflicht, sowie gegen jede anderweitige Form eines Zwangsdienstes für junge Menschen."

Diese stehen am Ende des Absatzes bei Punkt 12: Leipzig stärkt Demokratie und Frieden (Antragsheft 1, Zeile 435)

Begründung:

Die geplante Wiedereinführung der Wehrpflicht und die aktuell schon eingeführte verpflichtende Musterung sind zwei Symptome der Militarisierung. Aus dem Wahlprogramm einer linken Oberbürgermeisterkandidat*in muss eine Ablehnung dessen hervorgehen. Als Opposition zur Aufrüstung und aus Solidarität mit der Jugend.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen: angenommen: abgelehnt:

ÄA1.42: Einsatz gegen Clubsterben und Benennung von Clubs als Kulturorte

Einreichende: Johannes Hildebrandt, Jule Nagel

Unterstützende: Marie Paschold, Claudia Scholz, Timon Keil

Antrag:

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Im Absatz „Leipzig kann Party" (Z.159-163) werden nach dem Satzpunkt in Zeile 160 folgende zwei Sätze ergänzt: „Für mich ist klar: Clubs sind ebenso Kulturorte wie Gewandhaus und Oper. Ich werde ich mich entschieden dafür einsetzen, eine Fortsetzung des Clubsterbens und der Verdrängung von Clubs in Leipzig zu verhindern."

Begründung:

In den vergangenen Jahren mussten in Leipzig zahlreiche Clubs aufgrund von Gentrifizierung, Verdrängung und Auswirkungen der Coronapandemie schließen. Eine wesentliche Ursache des Clubsterbens besteht in der rechtlichen Stellung von Clubs als „Vergnügungsstätten", wohingegen Opern und klassische Konzertsäle als „Kulturstätten" baurechtlich besonderen Schutz und finanziell umfangreiche institutionelle Unterstützung erfahren. Auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene streitet unsere Partei seit Jahren dafür, Clubs anderen Kulturorten rechtlich gleichzustellen und sie insbesondere baurechtlich stärker zu schützen, um das bundesweite Clubsterben aufzuhalten. Dem sollte auch unser OBM-Wahlprogramm durch eine explizite Benennung von Clubs als Kulturorten gerecht werden, insbesondere, wenn Clubkultur im späteren Abschnitt „Leipzig war, ist und bleibt Kulturmetropole mit globaler Ausstrahlung" (Z.524-564) nur noch einmal am Rande erwähnt wird.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen: angenommen: abgelehnt:

ÄA1.43: Stärkung persönlicher Sicherheit bedeutet auch: Unterstützung statt Verdrängung marginalisierter Menschen

Einreichende: Johannes Hildebrandt, Jule Nagel

Unterstützende: Marie Paschold, Claudia Scholz

Antrag:

Der Stadtparteitag der Linken Leipzig möge beschließen:

Im Abschnitt „Leipzig stärkt persönliche Sicherheit und öffentliche Ordnung“ (Z.329-351) wird in Zeile 340 folgender Satz ergänzt:

„Menschen in Wohnungslosigkeit, psychischen Ausnahmesituationen oder prekären Lebensbedingungen benötigen adäquate Unterstützung statt Repressionen und Verdrängung aus dem öffentlichen Raum.“

Zudem wird nach Zeile 351 folgender Absatz ergänzt:

„Leipzig lässt niemanden fallen – Als Oberbürgermeisterin werde ich mich gegen defensive Architektur zur Verdrängung von wohnungslosen Menschen aus dem öffentlichen Raum einsetzen. Zudem werde ich die Stadtratsbeschlüsse zur Einrichtung eines mobilen Drogenkonsumraums und zur Abschaffung der strafrechtlichen Verfolgung von ÖPNV-Nutzung ohne Fahrschein konsequent umsetzen.“

Begründung:

Das starke Wachstum unserer Stadt macht sich auch in einer sichtbaren Zunahme von in Wohnungslosigkeit, psychischen Ausnahmesituationen oder prekären Lebensbedingungen befindlichen Menschen im öffentlichen Raum bemerkbar. Das Programm einer linken Oberbürgermeisterin sollte anstelle polizeilicher Sicherheitslogiken auch deren Perspektiven und Bedarfe sichtbar machen. Die Perspektiven wohnungsloser Menschen kommen bisher jedoch nur im „Entwurf des Oberbürgermeisterinnen-Wohnprogramms“, nicht aber im Wahlprogramm-Entwurf zur Sprache.
Als Linke setzen wir uns gegen Repressionen und Verdrängung von Menschen ein, die sich aus unterschiedlichen Gründen unter prekären Bedingungen im öffentlichen Raum aufhalten oder auf der Straße leben, illegalisierte Substanzen konsumieren oder nicht in der Lage sind, für Fahrten mit den Leipziger Verkehrsbetrieben zu bezahlen. Der kommunale Handlungsspielraum zur Verhinderung von defensiver Architektur (wie lauter Musik, heller Nachtbeleuchtung oder baulicher Veränderungen zur Verunmöglichung der Nutzung von Bänken oder Freiflächen als Schlafplätze) ist begrenzt – dennoch sollte eine linke Oberbürgermeisterin ihn nutzen und sich entschieden gegen die Verdrängung von Menschen aus dem öffentlichen Raum aussprechen.
Zudem liegen bereits zwei wegweisende, durch unsere Stadtratsfraktion mitgetragene Stadtratsentscheidungen zur Einrichtung eines mobilen Drogenkonsumraums (Beschluss VII-A-08528-NF-02-DS-01) und zum Unterlassen der strafrechtlichen Verfolgung der ÖPNV-Nutzung ohne Fahrschein durch die LVB (Beschluss VIII-A-00343) vor, welche Menschen, die sich in Wohnungslosigkeit, psychischen Ausnahmesituationen oder prekären Lebensbedingungen befinden, konkret schützen sollen. Die Umsetzung des ersteren Antrags wird von der Stadtspitze seit zwei Jahren verschleppt, die Umsetzung des zweiteren als vermeintlich rechtsunsicher abgelehnt, obwohl andere Kommunen seit Jahren

auf die strafrechtliche Verfolgung der ÖPNV-Nutzung ohne Fahrschein verzichten. Unser Programm sollte daher kenntlich machen, dass eine linke OBM-Amtsinhaberin für die konsequente Umsetzung von kommunalpolitischen Maßnahmen einsteht, die Menschen in prekären Lebenslagen schützen sollen.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen: angenommen: abgelehnt:

ÄA1.44: Queere Sichtbarkeit bei Geschlechtergerechtigkeit und Gewaltschutz

Einreichende: Johannes Hildebrandt, Beate Ehms, Marie Paschold
Unterstützende: Jule Nagel, Claudia Scholz, Timon Keil

Antrag:

Der Stadtparteitag der Linken Leipzig möge beschließen:

Im Abschnitt „Leipzig steht für Geschlechtergerechtigkeit“ (Z.487-523) wird

- in Z.493 am Satzende ergänzt: „sowie queere Personen“.
- in Z.496 zwischen „Teilhabe von Frauen“ und „am gesellschaftlichen und kulturellen Leben“ ergänzt: „und queeren Personen“
- in Z.506 „Frauen und Kinder“ ergänzt durch: „Frauen, Kinder, queere Personen und alle anderen Menschen“
- in Z.507 nach dem Satzpunkt ergänzt: „Dies gilt insbesondere für Betroffene, die weiteren Formen von Diskriminierung wie Rassismus und Ableismus ausgesetzt sind.“

Begründung:

Ein Programmabschnitt zu Geschlechtergerechtigkeit und Gewaltschutz muss auch queere und intersektionale Perspektiven miteinbeziehen. Zahlreiche wissenschaftliche Studien zu sexualisierter sowie häuslicher und partnerschaftlicher Gewalt belegen, dass neben der gravierenden Betroffenheit von cis-heterosexuellen Frauen auch queere Menschen, insbesondere queere Frauen sowie trans*, inter*geschlechtliche und nichtbinäre Personen besonders stark von diesen Gewaltformen betroffen sind.
Diese Umstände berücksichtigen weder die Istanbul-Konvention noch die EU-Gewaltschutzrichtlinie oder das deutsche Gewalthilfegesetz von 2025. Das jüngst beschlossene sächsische Gewalthilfegesetz, dem unsere Fraktion zugestimmt hat, geht über die bundesgesetzlichen Anforderungen hinaus und bejaht ausdrücklich die Schutzbedürftigkeit aller Betroffenen von sexualisierter, häuslicher und partnerschaftlicher Gewalt. Zudem stellen eine Betroffenheit von Rassismus und Ableismus zusätzliche Vulnerabilitätsfaktoren dar, sexualisierte oder häusliche Gewalt zu erfahren – in diesem Sinne sollte auch die Formulierung in unserem OBM-Wahlprogramm stehen.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen: angenommen: abgelehnt:

Änderungsanträge zum Wohnungspolitischen Programm

Hinweis: Im Vergleich zu den Ursprungsanträgen sind Neuerungen unterstrichen und Streichungen ~~durchgestrichen~~.

ÄA2.1: Mietmonitor

Einreichende: AG Demokratische Linke

Antrag:

Der Stadtparteitag der Linken Leipzig möge beschließen:

Ergänzung im Kapitel 1 nach: „Mietwucher Überhöhte Mieten sollen systematisch erfasst und konsequent geahndet werden. Derzeit bearbeitet eine einzige Person 541 Verdachtsfälle von Mietwucher (Stand Ende August 2026).[...]“

Ergänzt wird: „[Überschrift] Mietmonitor [Text] Im besten Fall werden erst gar keine Wohnungen mit überhöhten Mieten angeboten. Deshalb wollen wir nach dem Vorbild Frankfurts (Main) und Münchens einen Mietmonitor in Leipzig etablieren. Dieses digitale Tool scannt automatisiert die Angebote auf den größten Wohnungsplattformen und vergleicht diese mit dem aktuellen Mietspiegel. Wird möglicher Mietwucher festgestellt, erhalten die Vermieter:innen eine rechtliche Einordnung sowie einen Hinweis auf die Vorgaben des Mietspiegels.“

Begründung:

Der Mietmonitor als präventives Tool, ist einfach zu verwenden, größtenteils automatisiert und daher mit geringerem Verwaltungsaufwand verbunden. Er bewahrt Mieter:innen vor überhöhten Mieten und entlastet langfristig Verwaltungsangestellte, welche Mietwucher ahnden.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen: angenommen: abgelehnt:

Weitere Änderungsanträge

Hinweis: Im Vergleich zu den Ursprungsanträgen sind Neuerungen unterstrichen und Streichungen ~~durchgestrichen~~.

ÄA3.1: Für 100-Tage-Programm und eine gemeinsame politische Handlungsgrundlage*

Einreichende: Vivien Möck, Anja Materna, Marie Paschold

Unterstützende: Jessica Herrmann, Kevin Ehser, Anja Leder, Christopher Berberich, Felix Fink, Marthe Melde, Gabriel Dorn, Marie Paschold, Benjamin Sittig, Maximilian Hampel, Anna Ebenbeck, Moritz Halm, Michelle Nilges, Jule Nagel, Moritz Koneffke

Antrag:

Der Stadtparteitag der Linken Leipzig möge beschließen:

A: Punkt 1 wird wie folgt ergänzt:

„Damit verbunden berücksichtigen wir die bestehenden realpolitischen und gesetzlichen Grenzen des OBM-Amts sowie der Stadtratsfraktion. Daraus folgt für Wahlkampf und Amtsführung: Wir versprechen nur, was wir halten können, und sagen offen, wo Bund, Land oder absehbar fehlende Mehrheiten im Stadtrat Grenzen setzen – und dass wir diese Grenzen politisch bekämpfen.“

B: Ersetze bei Punkt 2

"~~Elke Kahrs in Graz und Zohran Mandami~~" durch "Elke Kahr in Graz und Zohran Mamdani".

C: Punkt 3 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

3. Der Stadtvorstand wird des Weiteren beauftragt, in Abstimmung mit unserer OBM-Kandidatin Skadi Jennicke und der Stadtratsfraktion auf Grundlage des beschlossenen Wahlprogramms und unter Berücksichtigung des Doppelhaushalts 2027/2028 bis zum 10. Januar 2027 bis zu zehn konkrete und überprüfbare Fokus-Vorhaben festzulegen. Diese sollen im Mittelpunkt des Wahlkampfs stehen und die Grundlage für ein verbindliches 100-Tage-Programm für die Zeit nach einem Wahlsieg bilden, um so Konsistenz in unserem politischen Agieren über den Wahlkampf hinaus zu zeigen.

Die Fokus-Vorhaben müssen:

a) in der Zuständigkeit der Oberbürgermeisterin liegen oder eine realistische Aussicht auf die erforderlichen Mehrheiten im Stadtrat haben,
b) im Rahmen des beschlossenen Haushalts oder mit einer benannten Finanzierung umsetzbar sein und
c) innerhalb der Amtszeit überprüfbar sein, mit einem Zwischenstand im Jahr 2029.

Für jedes Fokus-Vorhaben wird im Rahmen des 100-Tage-Programms festgelegt, welche konkreten Schritte innerhalb der ersten 100 Tage nach Amtsantritt umgesetzt oder auf den

Weg gebracht werden sollen. Dabei ist transparent darzustellen, welche Maßnahmen die Oberbürgermeisterin in eigener Zuständigkeit umsetzen oder anstoßen kann und welche weiteren Beschlüsse, finanziellen Mittel oder politischen Mehrheiten erforderlich sind.

Das 100-Tage-Programm wird rechtzeitig vor der Oberbürgermeister*innenwahl 2027 öffentlich vorgestellt und dient nach einem Wahlsieg als verbindliche gemeinsame politische Handlungsgrundlage für die ersten 100 Tage der Amtszeit.

Außerdem ist ein Rahmen abzustimmen, wie nach dem ersten und zweiten Wahlgang gemeinsam agiert und kommuniziert wird.

D: Nach Punkt 3 wird folgender neuer Punkt 4 eingefügt (der bisherige Punkt 4 wird zu Punkt 5):

4. Im Falle des Wahlsiegs berichten Oberbürgermeisterin und Stadtratsfraktion in Abstimmung mit dem Stadtvorstand nach Ablauf der ersten 100 Tage sowie anschließend regelmäßig und öffentlich zugänglich, etwa in Form eines Online-Trackers, über den Stand der Umsetzung des 100-Tage-Programms und der Fokus-Vorhaben.

Dabei wird auch transparent gemacht, welche Maßnahmen nicht oder noch nicht umgesetzt werden konnten und welche Hindernisse bestehen, etwa fehlende Mehrheiten im Stadtrat oder Entscheidungen von Land oder Bund.

Die Form der Berichterstattung wird nach der Wahl festgelegt und mit den Berichtspflichten aus weiteren Beschlüssen dieses Stadtparteitages zusammengeführt.

E: Der bisherige Punkt 4 (neu: Punkt 5) wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

5. Ein Ziel vor, während und nach der Amtsführung ist es, die Entwicklung und Ausbildung unserer Mitglieder mit Kenntnissen und Expertise aus Verwaltung und Kommunalpolitik aktiv zu unterstützen, damit Wissen über verwaltungsrechtliche Grenzen sowie deren Ausreizung im Sinne einer linken Stadtpolitik nicht nur für Einzelpersonen zugänglich wird.

Mitglieder der Partei und die Öffentlichkeit sollen Entscheidungen und die Rahmenbedingungen, die zu ihnen führen, nachvollziehen können. Dazu tragen neben den Berichten nach Punkt 4 eine regelmäßige und breite Öffentlichkeitsarbeit der Stadtratsfraktion bei, zu wichtigen Entscheidungen möglichst zeitnah und im Rahmen von Verschwiegenheitspflichten und verfügbaren Kapazitäten. Stadtvorstand und Stadtbezirksverbände unterstützen dabei, dieses Wissen in den sozialen Medien, an Infoständen und bei anderen Anlässen weiterzugeben und so mit Menschen ins Gespräch zu kommen.

Als ersten Schritt erhalten Aktive gemeinsam mit den Fokus-Vorhaben und dem 100-Tage-Programm eine Argumentationshilfe für Infostände und Haustürgespräche. Diese soll verständlich darstellen, welche politischen Veränderungen mit einer linken Oberbürgermeisterin angestrebt werden, welche konkreten Schritte in den ersten 100 Tagen vorgesehen sind und was eine Oberbürgermeisterin selbst entscheiden kann, wofür sie den Stadtrat benötigt und welche Entscheidungen bei Land oder Bund liegen.

In diesem Zusammenhang wird der Stadtvorstand beauftragt zu prüfen, ob über die bestehenden Formate der Fraktion hinaus die Umgestaltung oder Schaffung von Formaten notwendig ist, um einen gemeinsamen Raum für einen regelmäßigen Austausch und

taktische Abstimmungen mit Blick auf die verfügbaren Machtressourcen und -instrumente zu organisieren. Dabei kann insbesondere die Qualifizierung interessierter Mitglieder zu kommunalpolitischen Anliegen, Möglichkeiten und Instrumenten sowie deren Anwendung hilfreich sein. Hierbei können u.a. bestehende und ehemalige Mitarbeitende der Stadtverwaltung, die Mitglieder der Linken Leipzig sind, einbezogen werden.

Begründung:

Die Wahl einer linken Oberbürgermeisterin muss mit dem Anspruch verbunden sein, spürbare Verbesserungen für die Mehrheit der Menschen in Leipzig durchzusetzen. Dafür braucht es neben langfristigen politischen Zielen auch konkrete, nachvollziehbare Vorhaben, die bereits im Wahlkampf kommuniziert und nach einem Wahlsieg überprüft werden können.

A3 hält in seiner Begründung selbst fest, dass der tatsächliche Gestaltungsspielraum einer Oberbürgermeisterin deutlich kleiner ist, als viele hoffen. Daraus muss eine Konsequenz für unseren Wahlkampf und die gemeinsame Amtsführungsstrategie folgen: Wir müssen glaubwürdig vermitteln, welche Veränderungen wir erreichen wollen, welche Handlungsmöglichkeiten uns zur Verfügung stehen und wo politische oder gesetzliche Grenzen bestehen.

Die Festlegung von bis zu zehn Fokus-Vorhaben schafft hierfür eine gemeinsame inhaltliche Grundlage. Sie ermöglicht es, zentrale Forderungen aus dem Wahlprogramm in den Mittelpunkt des Wahlkampfs zu stellen und diese insbesondere an Haustüren, an Infoständen und in den sozialen Medien verständlich zu vermitteln.

Das 100-Tage-Programm ergänzt diese Vorhaben um konkrete erste Handlungsschritte. Es macht bereits vor der Wahl sichtbar, welche Maßnahmen eine linke Oberbürgermeisterin unmittelbar nach Amtsantritt umsetzen oder auf den Weg bringen will.

Dabei ist ausdrücklich zwischen der vollständigen Umsetzung eines Vorhabens und den ersten notwendigen Schritten zu seiner Verwirklichung zu unterscheiden. Nicht jedes politische Ziel kann innerhalb von 100 Tagen erreicht werden. Entscheidend ist, dass die ersten Schritte konkret benannt und ihre Umsetzung überprüfbar werden.

Die Konkretisierung der Fokus-Vorhaben und des 100-Tage-Programms erfolgt erst auf Grundlage des vom Stadtparteitag beschlossenen Wahlprogramms und unter Berücksichtigung des Doppelhaushalts 2027/2028. Damit wird vermieden, bereits jetzt Maßnahmen verbindlich festzulegen, deren tatsächliche Umsetzbarkeit noch nicht ausreichend beurteilt werden kann.

Die öffentliche Vorstellung des Programms vor der Wahl schafft Transparenz gegenüber den Leipziger:innen und bietet den Aktiven eine gemeinsame Grundlage für den Haustürwahlkampf.

Die regelmäßige Rechenschaft nach einem Wahlsieg soll sicherstellen, dass politische Versprechen nicht bei Ankündigungen bleiben, sondern ihre Umsetzung nachvollziehbar wird. Dabei müssen auch bestehende Hindernisse und die Verantwortung anderer politischer Ebenen offen benannt werden.

Bei der Basiskonferenz in Grünau wurden bereits gute Ansätze zur Arbeitsteilung von Fraktion, Oberbürgermeisterin und Basis besprochen. Diese Arbeitsteilung und die klaren Zuständigkeiten sollten definiert sein und bestehen bleiben. Eine transparente, ehrliche und

gut verständliche Öffentlichkeitsarbeit von Fraktion und Oberbürgermeisterin zu politischen Entscheidungen befähigt die Basis, in Gesprächen und bei Veranstaltungen Entscheidungen, kommunalpolitische Wirkungen und Grenzen zu erklären. Das ist niedrigschwellig und erhöht den ohnehin beachtlichen Arbeitsaufwand der Fraktionsmitglieder nicht zusätzlich. Die bereits bestehenden Formate der Fraktion werden derzeit kaum genutzt; sie sollten zunächst bekannter gemacht und ihr Bedarf geprüft werden, bevor neue geschaffen werden. Der Stadtvorstand klärt in Absprache mit Fraktion und Oberbürgermeisterin, ob Unterstützung etwa beim Schreiben von Statements und Posts gebraucht und gewünscht ist.

So verbinden wir einen glaubwürdigen, konkreten Wahlkampf mit einer gemeinsamen politischen Handlungsgrundlage für die Zeit nach einem Wahlsieg und stärken das Zusammenwirken von Stadtverband, Stadtratsfraktion und einer linken Oberbürgermeisterin.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen: angenommen: abgelehnt:

ÄA3.2: Frist und Maßgabe für ein 100-Tage-Programm*

Einreichende: Enrico Stange, Beate Ehms

Antrag:

Der Stadtparteitag der Linken Leipzig möge beschließen:

Der Antrag A3 wird mit folgenden Änderungen beschlossen:

1. Der Stadtparteitag stellt fest, dass Die Linke Leipzig kommunalpolitisch eine gemeinsame und ganzheitliche Strategie braucht, welche die Rollen des Stadtverbandes, die Stadtratsfraktion sowie der amtstragenden Person einer sozialistischen Partei definiert und transparent macht, um die Verhältnisse in Leipzig auf links zu drehen. Damit verbunden berücksichtigen wir die bestehenden realpolitischen und gesetzlichen Grenzen des OBM-Amts sowie der Stadtratsfraktion. Hierfür dürfen Partei, Fraktion und OBM nicht um politische Deutungshoheit konkurrieren, sondern müssen ein gemeinsames Rollenverständnis mit einer politischen Arbeitsteilung entwickeln, in der jede Rolle eine andere Form von Macht entwickelt, welche miteinander verbunden werden und zusammenwirken müssen. Authentizität beginnt mit Freiwilligkeit, weshalb Zwang kein Mittel zur Einhaltung der Umsetzung der Strategie darstellen darf. Daher braucht es jedoch klare Prozesse und einen Umgang mit widersprüchlichen, gegensätzlichen bzw. abweichenden Positionen oder Handlungen.

2. Der Stadtvorstand wird dazu beauftragt bis zum Ende des Wahlkampfs unter Berücksichtigung u. a. der Ergebnisse des Prozessstrangs zur Amtsführung, der Basiskonferenz vom 20.09.2026 sowie der unterschriebenen Kandidierendenvereinbarung unter Berücksichtigung der politischen Rahmenbedingungen einen Entwurf für eine gemeinsame Amtsführungsstrategie vorzulegen. Darin sind kurz-, mittel- und langfristige soziale und stadtentwicklungspolitische Konfliktlinien in der Stadtgesellschaft, bei Interessengruppen und im Stadtrat sowie abgeleitete Zielstellungen aus dem Wahlprogramm

und der realen Entwicklung der Stadt, Handlungsfelder und Handlungsstrategien sowie konkrete Maßnahmen unter Beachtung der politischen und rechtlichen Handlungsrahmen von Stadtverband, Stadtvorstand, Stadtratsfraktion und OBM-Amtsträgerin zu identifizieren und den jeweiligen Handlungsträger*innen zuzuordnen.
Die Amtsführungsstrategie ~~Diese~~ soll übertragbare Ansätze und Handlungsstränge ~~sich~~ u. a. an der Amtsführung von Elke Kahrs in Graz und Zohran Mandami in New York orientieren. In diesem Zusammenhang müssen insbesondere Aspekte einer Organisationsentwicklung beachtet werden, die den Aufbau kollektiver Macht konsequent mit demokratischer Rechenschaftspflicht verbinden.
Ziel unseres Stadtverbandes soll es sein, eine eigenständige, dauerhaft handlungsfähige und demokratisch organisierte Basis aufzubauen, die ihre politischen Ziele selbst bestimmt, eigene Führungskompetenzen entwickelt und unabhängig von den realpolitischen und gesetzlichen Grenzen der gewählten Amts- und Mandatsträger*innen handlungsfähig bleibt. Hierbei muss auch die eigenständige demokratische Legitimation des OBM-Amts durch die Leipziger Wähler*innenschaft berücksichtigt werden.

3. Der Stadtvorstand wird des Weiteren beauftragt in Abstimmung mit unserer OBM-Kandidatin Skadi Jennicke und der Stadtratsfraktion z. B. ein 100-Tage-Programm für die Zeit nach dem Wahlsieg zu entwickeln *und hierzu bis Ende Januar 2027 einen Entwurf mit konkreten, rechtlich umsetzbaren Maßnahmen als Sofortprogramm zu erstellen.* Außerdem ist ein Rahmen abzustimmen, wie nach dem ersten und zweiten Wahlgang gemeinsam agiert und kommuniziert wird.

4. In diesem Zusammenhang wird der Stadtvorstand beauftragt die Umgestaltung und/oder Schaffung von bestehenden und neuen Formaten, zu prüfen, um einen gemeinsamen Raum für einen regelmäßigen Austausch und taktische Abstimmungen mit Blick auf die verfügbaren Machtressourcen und -instrumente zu organisieren. In diesem Zusammenhang sollen insbesondere die Qualifizierung und Entwicklung der Mitgliedschaft zu kommunalpolitischen Anliegen, Möglichkeiten und Instrumenten sowie deren Anwendung fokussiert werden. ~~Hierbei sollen u. a. bestehende und ehemalige Mitarbeitende der Stadtverwaltung, die Mitglieder der Linken Leipzig sind, einbezogen werden.~~ Ein Ziel soll dabei sein, die Entwicklung und Ausbildung unserer Mitglieder mit Kenntnissen und Expertise aus Verwaltung und Kommunalpolitik aktiv zu unterstützen, damit Wissen über verwaltungsrechtliche Grenzen sowie deren Ausreizung im Sinne einer linken Stadtpolitik nicht nur für Einzelpersonen zugänglich wird.

Begründung:

Eine Amtsführungsstrategie muss sich an den realen sozialen Konflikten der Stadtgesellschaft orientieren und dennoch anhand des Wahlprogramms konkrete Rahmenbedingungen, Handlungsfelder und handlungsträger*innen identifizieren und ihnen konkrete Handlungsstränge und Maßnahmen zuordnen. Dem Stadtvorstand als dem politischen Führungsorgan kommt dabei die Aufgabe zu, einen Entwurf zu erarbeiten und diesen mit OBM-Amtsträgerin und Stadtratsfraktion abzustimmen.

Das 100-Tage-Programm ist eine sehr gute Idee, die allerdings ohne Frist und Maßgabe nicht tragfähig wird.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen: angenommen: abgelehnt:

ÄA4.1: Für Parteiaufbau und nachhaltige Strukturentwicklung in Wahlkampfzeiten

Einreichender: Johannes Schmidt

Antrag:

Der Stadtparteitag der Linken Leipzig möge beschließen:

Der Antrag A4 wird um den folgenden Punkt ergänzt:

X. Parteiaufbau und nachhaltige Strukturentwicklung: Wir führen diesen Wahlkampf so, dass unsere Partei danach stärker ist als davor. Der Stadtvorstand und der Wahlstab prüfen deshalb bei Entscheidungen über Wahlkampfformate und den Einsatz von Mitteln, ob sie auf Strukturen, Fähigkeiten und Prozesse einzahlen, die nach der Wahl weiterhin bestehen. Wo wir die Option haben, entscheiden wir uns für den Weg, der unsere Stadtbezirksverbände und bestehenden Strukturen vor der Entscheidung einbezieht, bei der Umsetzung aktiv integriert und diese somit nachhaltig stärkt. So verteilen wir auch Verantwortung auf mehr Schultern und binden neue Aktive dauerhaft ein. Zur Verbesserung unserer innerparteilichen Prozesse und unserer Kampagnenfähigkeit innerhalb und außerhalb von Wahlkämpfen wird der Stadtvorstand beauftragt, nach Abschluss der OBM-Wahl eine umfassende Prozess- und Wahlauswertung sowie eine kritisch-solidarische Diskussion zur Verbindung der verschiedenen Positionen und Perspektiven durchzuführen. Er beginnt damit spätestens einen Monat nach dem letzten Wahlgang und organisiert mindestens eine Auswertungsveranstaltung, die allen Mitgliedern offensteht. Ziel sind gemeinsame Schlussfolgerungen für zukünftige Wahlkämpfe. Der Stadtvorstand veröffentlicht die Ergebnisse im Mitteilungsblatt und stellt sie auf einem Stadtparteitag im 2. Halbjahr 2027 zur Diskussion.

Begründung:

Wahlkampfzeiten sind für den Parteiaufbau eine besondere Chance: Seit der Bundestagswahl 2025 sind sehr viele neue Genoss:innen zu uns gekommen. Gemeinsam mit Mitgliedern, die sich bisher wenig einbringen konnten, wollen viele von ihnen jetzt mitmachen. Der Wahlkampf macht ihnen den Einstieg leicht: Es gibt ein gemeinsames Ziel, einen klaren Zeitrahmen und konkrete Aufgaben. Diese Motivation verpufft jedoch nach dem Wahltag, wenn wir sie nicht gezielt in unsere Stadtbezirksverbände und bestehenden Strukturen lenken. U. a. die KPÖ hat ihre langjährige Annahme, Wahlkämpfe seien für den Strukturaufbau ungeeignet, im Wahljahr 2024 ausdrücklich korrigiert. Mehr Mitglieder übernahmen Verantwortung, und Abläufe, die vorher mühsam waren, wurden selbstverständlich.[1] Daran wollen wir anknüpfen, denn eine stärkere Partei nützt uns auch außerhalb von Wahlkampfzeiten und unabhängig vom Wahlausgang. Mit der Auswertung nach der Wahl machen wir außerdem die Empfehlung des alten Stadtvorstands aus seinem Rechenschaftsbericht verbindlich. So fließen die Erfahrungen dieses Wahlkampfs in künftige Kämpfe und Kampagnen ein.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen: angenommen: abgelehnt:

ÄA4.2: Eine OBM für alle – für eine öffentliche Ernennungsfeier*

Einreichende: Ariane Barth, Johannes Schmidt

Antrag:

Der Stadtparteitag der Linken Leipzig möge beschließen:

Im Antrag A4 „Zusammen für ein rotes Leipzig! Gemeinsame Grundsätze für die OBM-Wahl“ wird folgender Punkt ergänzt:

„X. **Eine OBM für alle:** Der Stadtvorstand prüft in Rücksprache mit der OBM-Kandidatin, inwiefern die Möglichkeit besteht, die Ernennungszeremonie und Einführung in das OBM-Amt an einem öffentlichen Ort stattfinden zu lassen, damit alle Menschen Leipzigs, die teilnehmen wollen auch teilnehmen können und Skadi Jennicke als OBM für alle Menschen in Leipzig mit Amtsantritt nahbar ist. Mögliche Orte könnten der Hauptbahnhof Leipzig, der Markt oder auch der Augustusplatz sein. Hierfür soll neben der öffentlichen Ausrichtung eine Küche für alle stattfinden bzw. Essen auf Spendenbasis oder kostenlos für alle Menschen gewährleistet werden, damit die Teilnahme vor Ort nicht vom Geldbeutel abhängt.“

Begründung:

Skadi Jennicke wird mit dem Wahlerfolg eine OBM für alle Leipziger*innen sein. Eine OBM für alle sollte entsprechend, um nah an den Menschen dran zu sein und ihnen auch zu zeigen, dass Leipzig nur mit den Menschen lebt und feiert, ihre Ernennung an einem öffentlichen Ort ausrichten. Auch Zohran Mamdani hat seine Amtseinführung in einer U-Bahnstation durchgeführt. Er wählte diesen Ort, um seine Verbundenheit mit der arbeitenden Bevölkerung zu zeigen, da viele Menschen aus Kostengründen weite Strecken pendeln müssen und nicht in New York leben können.
Auch Leipzig sind von den Teuerungen der letzten Jahre in verschiedenen Bereichen getroffen, sodass viele Menschen in der Stadt arbeiten, aber in den Randgebieten oder im Umland leben müssen. Entsprechend ist der Leipziger Hauptbahnhof für viele Menschen in Leipzig ein Verkehrsknotenpunkt, der Ort, wo Einkäufe oder Erledigungen gemacht werden und in welchem auch Kinoabende und Orchesterkonzerte stattfinden. Dementsprechend sollte dieser Ort nach dem Vorbild von Mamdani als möglicher Ort für eine öffentliche Amtseinführung in Betracht gezogen werden.
Somit besteht die Möglichkeit als OBM-Kandidatin der Linken Leipzig schon im Wahlkampf zu zeigen, dass man direkt nach dem Wahlkampf es anders machen kann, und zwar mit den Menschen und der Bevölkerung in Leipzig gemeinsam und vor allem nah an ihnen dran! Diese Chance sollten wir durchdenken, die Möglichkeiten prüfen und zeigen, wie wir die Verhältnisse nach links verschieben und was die Menschen in der Stadt davon haben!

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen: angenommen: abgelehnt:

ÄA4.3: Emanzipation für Fortgeschrittene – jetzt auch für unsere gewählten Vertreter*innen!

Einreichende: Carolin Böse-Sprenger

Antrag:

Der Stadtparteitag der Linken Leipzig möge beschließen:

Antrag A4 wird wie folgt geändert:

Als Leipziger Linke einigen wir uns für den Wahlkampf um das Oberbürgermeisteramt und mit Hinblick auf den Gewinn der Wahl auf zusätzliche Grundsätze:

0. Die Linke entdeckt die Selbstbestimmung – auch in den eigenen Reihen!

Wir Linke haben über Jahrzehnte erfolgreich dafür gekämpft, dass Menschen nicht länger als bloße Objekte fremder Interessen und Entscheidungen behandelt werden. Wir haben uns für die Selbstbestimmung von Frauen, die Emanzipation gesellschaftlich benachteiligter Gruppen und die Anerkennung der Würde und Autonomie jedes einzelnen Menschen eingesetzt.

Diese Errungenschaften erfüllen uns mit Stolz.

Wir schlagen deshalb vor, einen weiteren, möglicherweise revolutionären Schritt zu wagen: Wir übertragen diese Erkenntnisse versuchsweise auch auf unsere eigenen gewählten Vertreterinnen und Vertreter.

Wir erkennen an, dass auch diese über ein eigenständiges Urteilsvermögen verfügen, dass ihre Würde und Autonomie nicht mit der Annahme eines politischen Amtes erlischt und dass demokratische Repräsentation nicht mit der vollständigen Übertragung des eigenen Denkens an die Parteibasis gleichzusetzen ist.

Insbesondere wollen wir erproben, ob es möglich ist, einer demokratisch gewählten Oberbürgermeisterkandidatin politisches Vertrauen entgegenzubringen, ohne zuvor sämtliche ihrer künftigen Überzeugungen, Äußerungen und Handlungen durch Parteitagsbeschlüsse festzulegen.

Selbstverständlich bleiben demokratische Kontrolle, Kritik und Rechenschaftspflicht davon unberührt. Wir regen lediglich an, diese künftig als Ausdruck gemeinsamer politischer Verantwortung und nicht als Ersatz für gegenseitiges Vertrauen zu verstehen.

Eingedenk dieses Bekenntnisses gelten die nachfolgenden Punkte.

[...]

5. Gemeinsame Positionierung im Kampf gegen Antisemitismus: Als Bundespartei h haben wir uns gemeinsam auf die JDA (Jerusalem Declaration of Antisemitism) geeinigt, um eine gemeinsame Grundlage für den Kampf gegen Antisemitismus zu haben, ohne Kritik am israelischen Staat hiermit zu vermischen. ~~Um der Instrumentalisierung des Antisemitismusbegriffs zu begegnen sowie parteiliche Geschlossenheit auszudrücken, ist die Vertretung dieser Position auch politischer Handlungsauftrag für Skadi Jennicke als~~

~~Kandidatin und – im Falle ihrer Wahl – als Oberbürgermeisterin.~~ Wir vertrauen darauf, dass unsere OBM-Kandidatin Skadi Jennicke diese Position mit Feingefühl und Rücksicht auf die Komplexität des Konflikts zwischen Israel und Palästina sowie sämtliche seiner unschuldigen Opfer vertritt.

[...]

Begründung:

Emanzipation für Fortgeschrittene – jetzt auch für unsere gewählten Vertreter*innen!

Die Linke hat stets darauf bestanden, dass Emanzipation nicht darin besteht, Menschen vorzuschreiben, was sie zu denken und zu wollen haben, sondern darin, sie zur eigenständigen Gestaltung ihres Lebens zu befähigen.
Es erscheint uns daher nur folgerichtig, diesen Grundsatz nicht länger ausschließlich auf Menschen außerhalb unserer eigenen Organisationsstrukturen anzuwenden.

Wir sind zuversichtlich, dass die Anerkennung der Autonomie unserer gewählten Vertreterinnen und Vertreter die revolutionäre Handlungsfähigkeit der Partei nicht nachhaltig beeinträchtigen wird.

Demokratie ist super. Vertrauen ist auch ganz gut.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen: angenommen: abgelehnt:

ÄA4.4: Mit aller Kraft die Oberbürgermeisterwahl 2027 gewinnen*

Einreichende: Enrico Stange, Beate Ehms

Antrag:

Der Stadtparteitag der Linken Leipzig möge beschließen:

Der Antrag A4 wird mit folgenden Änderungen beschlossen:

Wir als die Leipziger Linke werden mit aller Kraft darum kämpfen, die Oberbürgermeisterwahl 2027 zu gewinnen. Es wird Zeit für eine andere Politik und die erste Frau im Amt.

Um dieses Ziel zu erreichen, ~~Als Leipziger Linke~~ einigen wir uns ~~für den Wahlkampf um das Oberbürgermeisteramt und mit Hinblick auf den Gewinn der Wahl~~ auf die folgenden~~,~~ ~~zusätzliche~~ Grundsätze:

1. Geteilte Rollen – gemeinsame Ziele: Die Stärke unseres Wahlkampfs und unserer gemeinsamen Arbeit gewinnen wir aus unseren gemeinsamen Zielen. Es gelten für alle folgenden Grundsätze: Die Partei, die Kandidatin/Oberbürgermeisterin, die Stadtratsfraktion haben unterschiedliche Rollen. Die Partei soll gesellschaftsverändernde Forderungen

formulieren, sie in den gesellschaftlichen Dialog bringen. Die Stadtratsfraktion überträgt die Ziele in verwaltungsadäquate Beschlussanträge und sucht in der Kommunalvertretung die erforderlichen Mehrheiten. Die Oberbürgermeisterin setzt die darauf fußenden Beschlüsse des Stadtrates bzw. Maßnahmen in eigener Zuständigkeit der Oberbürgermeisterin im Rahmen des geltenden Rechts um. Wo der Oberbürgermeisterin von Amts wegen Grenzen gesetzt sind, müssen Stadtratsfraktion und Partei den Kampf um gesellschaftliche und kommunalparlamentarische Mehrheiten fortsetzen.

2~~1~~. Basisaufbau und -beteiligung: Im Wahlkampf wollen wir möglichst viele Einwohner*innen mit den Inhalten unseres Wahlprogramms erreichen. Dafür brauchen wir die Kraft und Begeisterung all unserer Mitglieder. Eine aktive ~~soll der Fokus auf aktivierender~~ Organizingarbeit ~~liegen~~, die auch über den Wahlkampf hinaus zu einer starken Basis beiträgt, ist hierfür der Schlüssel. Beispiele dafür sind Organizing-Crash-Kurse von unseren Mitgliedern, um diese auch nach der Wahl zu ermächtigen. Dafür werden Schulungen angeboten, die einem Kurzformat der Organizing for Power (O4P) Reihe der Rosa-Luxemburg-Stiftung entsprechen. Außerdem soll Skadi Jennicke bereits als Kandidatin in die Beteiligungs- und Rechenschaftsprozesse nach dem Antrag „A6 NEU: Eine starke Linke braucht eine starke Basis - Wichtige Entscheidungen gemeinsam treffen und innerparteiliche Demokratie stärken“ der 1. Tagung des 10. Stadtparteitags einbezogen werden. Im Falle ihrer Wahl werden diese Prozesse sinngemäß im Rahmen der gesetzlichen Stellung des Amts auf ihre Arbeit als Oberbürgermeisterin übertragen.

3~~2~~. Rückkopplung: Die Anbindung von Mandatsträger:innen an Basis und Bevölkerung Leipzigs halten wir für zentral für eine mitgliederorientierte und glaubwürdige Partei. Wir bestärken deshalb die Abmachung in der Kandidierendenvereinbarung und konkretisieren sie durch die mit dem Beschluss zum Antrag A3 „Mehr als ein Amt zu gewinnen – kommunale Macht aufbauen und spürbare Verbesserungen für die Mehrheit der Menschen in Leipzig durchsetzen“ der 2. Tagung des 10. Stadtparteitages festgelegten Maßnahmen zum aktiven Austausch von Stadtverband, Stadtvorstand, Kandidatin/Amtsträgerin und Stadtratsfraktion.~~, eine doppelte Rückkopplungsstruktur: Einerseits parteiintern, andererseits an die Leipziger Stadtbevölkerung.~~ Parteiintern soll ~~berichtet~~ unsere Kandidatin Skadi Jennicke im Falle ihrer Wahl regelmäßig, möglichst halbjährlich ~~mindestens quartalsweise~~ im Mitteilungsblatt über ihre Arbeit als Oberbürgermeisterin, insbesondere zu wichtigen Entscheidungen im Amt berichten. ~~und stellt sich dort der politischen Rückkopplung mit der Basis.~~ Wie in der Kandidierendenvereinbarung vorgesehen, berichtet sie außerdem auf dem Stadtparteitag über ihre Arbeit und geht dort in den Austausch mit den Mitgliedern.
Skadi Jennicke lädt im Falle ihrer Wahl außerdem jährlich die Stadtgesellschaft zu einer öffentlichen Veranstaltung über ihre Arbeit als Oberbürgermeisterin ein. Diese findet als Stadtversammlung (Einwohnerversammlung) statt, in der sie Rechenschaft über ihre Arbeit ablegt und Möglichkeiten für Diskussion und aktive Beteiligung an politischen Entscheidungen geschaffen werden.

4~~3~~. Ablehnung statt Verwaltung von Kürzungen: Als Linke wissen wir um die angespannte Haushaltslage der Kommunen. Explizit in Leipzig sollen in den nächsten Jahren bis zu 500 Stellen abgebaut werden. Wir stellen uns klar gegen die Kürzungspolitik. Wie in Antrag A1 „Kürzen bei den Reichen, statt Sozialstaat streichen. Sozialproteste stärken!“ der 1. Tagung des 10. Stadtparteitags beschlossen, liegt unsere Aufgabe als Linke nicht darin, Posten gegeneinander abzuwägen, sondern Kürzungen im Sozialen zu kritisieren. Unsere Kandidatin Skadi Jennicke wird sich ~~und~~ auch ~~in einem wie der~~ als Oberbürgermeisterin, soweit es im Rahmen des Amts möglich ist, gegen Sozialabbau und Stellenkürzungen wenden~~zu verhindern~~. Dies beinhaltet ~~offensive~~ die öffentliche Kritik der durch Bund und

Land verursachten Sparzwänge. ~~durch Bund und Land~~ Partei und Fraktionen auf allen Ebenen sind gehalten, ~~sowie~~ das ~~Setzen eines aktiven~~ Gegen-Narrativ~~s~~, dass Sparen kein Naturgesetz und eine Verbesserung des Lebens der Vielen beispielsweise durch eine Reichensteuer möglich ist, aktiv zu setzen. Sollten Kürzungen nicht abwendbar sein, soll eine offene, transparente und ehrliche Kommunikation gegenüber den Betroffenen, also den arbeitenden Menschen in Leipzig, vorgenommen werden, um diese transparent über Vorhaben aufzuklären.

5~~4~~. Unterstützung bei Tarifrunden: In den nächsten Monaten stehen große Tarifverhandlungen an. Auf dem letzten Stadtparteitag haben wir bereits beschlossen, Leipzig als Tarifstadt zu stärken.1 Daran anschließend stehen wir als Linke ~~und als Oberbürgermeisterin bzw. -kandidatin~~ an der Seite von Streikenden und unterstützen sie in ihren Forderungen für bessere Löhne und gerechtere Arbeit. Unsere Kandidatin geht in einen kollegialen Austausch mit den tarifkämpfenden Kolleg*innen.
Als Kandidatin respektiert ~~unterstützt~~ Skadi Jennicke insbesondere auch die Forderungen der Kolleg:innen ~~im öffentlichen Dienst und~~ bei der Stadt und die Verhandlungsmacht der Tarifparteien ~~in ihren Forderungen~~. ~~Sie nutzt ihre herausgehobene Rolle im Wahlkampf, um sich öffentlich – insbesondere medial – mit Streikenden zu solidarisieren und ihre Unterstützung auch durch Streikbesuche sichtbar zu machen.~~ Im Falle ihrer Wahl zur Oberbürgermeisterin setzt sie sich im Rahmen ihrer Verantwortung als Verwaltungschefin für gute Arbeitsbedingungen und eine konstruktive Haltung gegenüber den Forderungen der Beschäftigten ein und sucht den regelmäßigen Austausch mit Beschäftigten und Gewerkschaften.

6~~5~~. Gemeinsame Positionierung im Kampf gegen Antisemitismus: Als Bundespartei haben wir uns gemeinsam auf die JDA (Jerusalem Declaration of Antisemitism) geeinigt, um eine gemeinsame Grundlage für den Kampf gegen Antisemitismus zu haben, ohne Kritik am israelischen Staat hiermit zu vermischen. Diese Beschlusslage bildet eine gemeinsame Basis, an der sich unsere Kandidatin Skadi Jennicke im Falle ihrer Wahl als Oberbürgermeisterin und im Rahmen der für amtliche Äußerungen geltenden Gebote der Sachlichkeit und Neutralität orientieren kann.~~Um der Instrumentalisierung des Antisemitismusbegriffs zu begegnen sowie parteiliche Geschlossenheit auszudrücken, ist die Vertretung dieser Position auch politischer Handlungsauftrag für Skadi Jennicke als Kandidatin und – im Falle ihrer Wahl – als Oberbürgermeisterin.~~

Wir sind uns darüber bewusst, dass Teile der Forderungen erhebliche Mehrarbeit bedeuten, weshalb wir anbieten, Skadi Jennicke bei der Umsetzung dabei zu unterstützen und der Stadtvorstand sie bei der Umsetzung dieser Grundsätze unterstützt.

Der Stadtvorstand legt gemeinsam mit Skadi Jennicke spätestens ein Jahr nach der OBM-Wahl auf einem Stadtparteitag eine Auswertung zur Umsetzung dieser Grundsätze vor. Dabei wird dargestellt, welche Vereinbarungen umgesetzt wurden, welche Schwierigkeiten aufgetreten sind und welche weiteren Schritte sich daraus ergeben.

Begründung:

Insbesondere die Erarbeitung eines gemeinsamen Rollenverständnisses der in unterschiedlichen rechtlichen Rahmensetzungen und vor allem Grenzen agierenden Handlungsträger*innen (Stadtverband, Stadtvorstand, Kandidatin/OBM, Stadtratsfraktion) macht es vor dem Hintergrund der Zielsetzung des Wahlsiegs und des Politikwechsels in Leipzig erforderlich, die Handlungsebenen und -wege klar zu trennen.

Wir handeln aus gemeinsamen Überzeugungen, auf unterschiedlichen Ebenen und wegen, in gesetzten Rechtsrahmen für ein gemeinsames Ziel.

Unsere Kandidatin soll sich schon im Wahlkampf als zugewandte, Menschen erreichende, zielorientierte und den Bedürfnissen der Einwohner*innen verpflichtete Persönlichkeit etablieren können. Sie soll weite Teile der Stadtgesellschaft überzeugen können, weit über unsere engere Klientel hinaus.

Die gemeinsame Handlungsmacht erwächst aus der Verschiedenheit der Handlungsräume, -stränge und -zuständigkeiten.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen: angenommen: abgelehnt:

ÄA5.1: Persönliche Meinungsäußerungen zulassen*

Einreichende: Carolin Böse-Sprenger

Antrag:

Der Stadtparteitag der Linken Leipzig möge beschließen:

~~Im Wahlkampf um das Oberbürgermeisteramt tritt die Leipziger Linke und ihre Kandidatin Skadi Jennicke mit klarer antimilitaristischer Haltung auf.~~ Im Wahlkampf um das Oberbürgermeisteramt tritt die Leipziger Linke mit klarer antimilitaristischer Haltung auf, gestattet ihrer Oberbürgermeisterkandidatin jedoch ausnahmsweise persönliche Meinungsäußerungen und eigenständiges Denken, wenn sie dieses, insoweit es von der Beschlusslage der Partei abweicht, als solches kenntlich macht. Denn unsere antimilitaristische Haltung als Partei gilt selbstredend auch für unseren Umgang mit innerparteilichen Meinungsdifferenzen und unser Anspruch auf Abrüstung meint ausdrücklich nicht die Abrüstung eines eigenen Urteilsvermögens unserer gewählten Vertreter*Innen. ~~Konkret bedeutet das:~~ Eingedenk dieser Selbsterinnerung verpflichten wir uns als Die Linke im Wahlkampf auf folgende Punkte:

- Klares Bekenntnis zu den Bundesbeschlüssen der Partei die Linke: Ablehnung von Waffenlieferungen und jeglichen Aufrüstungsplänen in Leipzig und bundesweit.
- Solidarität und aktive Unterstützung im Wahlkampf von antimilitaristischen Protesten und Bewegungen in Leipzig. Beispielsweise durch Teilnahme an den Protesten gegen die geplante Covenant-Fabrik.
- Die Ablehnung jeglicher Waffenfabriken, Musterungszentren und anderer
- Institutionen, Veranstaltungen oder Betriebe, die zur Militarisierung und ihrer Normalisierung in der Gesellschaft beitragen, speziell innerhalb Leipzigs, aber auch im gesamten Bundesgebiet.
- Einsatz für eine Ausweitung der Beratungsangebote zur Kriegsdienstverweigerung von der Partei Die Linke oder zivilgesellschaftlichen Organisationen wie der DFG-VK. • Die genannten Punkte werden im Wahlkampf aktiv, auch für die Öffentlichkeit sichtbar, aufgegriffen, beispielsweise bei Posts in den sozialen Medien oder in
- Pressemitteilungen. Persönliche Meinungsäußerungen, insb. unserer OBM-

Kandidatin, die von der Beschlusslage der Partei abweichen, bleiben möglich, sollen aber als solche kenntlich gemacht werden.

Begründung:

Der vorliegende Antrag A5 erinnert unsere Kandidatin mit erfreulicher Entschiedenheit daran, dass ihre persönlichen Überzeugungen in der Frage der Waffenlieferungen an die Ukraine und der deutschen Verteidigungsfähigkeit von der geltenden Beschlusslage abweichen. Da sich diese Überzeugungen offenbar auch nach Kenntnisnahme der Parteibeschlüsse nicht von selbst aufgelöst haben, liegt es nahe, ihrer öffentlichen Äußerung durch weitere Beschlüsse entgegenzuwirken.

Wir möchten jedoch zu bedenken geben, dass die Befriedung politischer Konflikte durch die Unterdrückung abweichender Positionen in der Geschichte nicht durchweg die erhofften emanzipatorischen Ergebnisse hervorgebracht hat. Auch erscheint uns der Gedanke prüfenswert, dass eine Kandidatin, die im Wahlkampf ein eigenständiges politisches Urteil erkennen lässt, nicht notwendig eine Gefahr für die Partei darstellt. Unter Umständen könnte dies bei den Wählerinnen und Wählern sogar den Eindruck erwecken, dass wir eine eigenständig denkende Person für das höchste Amt unserer Stadt aufstellen.

Wir schlagen daher vor, die Beschlusslage der Partei weiterhin als verbindliche Grundlage ihrer politischen Programmatik zu behandeln, ohne daraus die unbedingte Verpflichtung unserer Kandidatin abzuleiten, auch persönlich ausschließlich die jeweils beschlossene Auffassung vertreten zu dürfen.

Die gemeinsame politische Programmatik der Partei verpflichtet unsere Kandidatin zur loyalen Auseinandersetzung mit ihren Beschlüssen, nicht jedoch zur Aufgabe ihres eigenständigen politischen Urteils. Abweichende persönliche Überzeugungen dürfen ausdrücklich und öffentlich vertreten werden, sofern zwischen der Position der Partei und der persönlichen Auffassung der Kandidatin transparent unterschieden wird.

Der Stadtparteitag stellt fest, dass Parteibeschlüsse zwar die politische Position der Partei festlegen, bislang aber leider noch nicht die persönliche Überzeugung sämtlicher Mitglieder zuverlässig verändern. Bis zur Lösung dieses organisatorischen Problems wird unserer Oberbürgermeisterkandidatin gestattet, gelegentlich selbst zu denken.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen: angenommen: abgelehnt:

ÄA5.2: Linker Antimilitarismus - für universelle Menschenrechte und die Einhaltung des Völkerrechts*

Einreichende: Demokratische Linke

Antrag:

Der Stadtparteitag der Linken Leipzig möge beschließen:

Der Antrag A5 wird am Ende mit folgendem Absatz ergänzt:

„Dabei gilt der Grundsatz, dass ein linker Antimilitarismus sich für universelle Menschenrechte und die Einhaltung des Völkerrechts stark machen muss. Dies schließt eine Zusammenarbeit mit allen Gruppen aus, die diese Grundsätze nicht teilen.“

Begründung:

Die Einhaltung der oben beschriebenen linken Grundwerte bedarf keiner weiteren Begründung.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen: angenommen: abgelehnt:

---

* Zur einfachen Unterscheidung der Änderungsanträge wurden auf Basis des Antragsinhaltes vorläufige Titel durch die Redaktion vergeben.